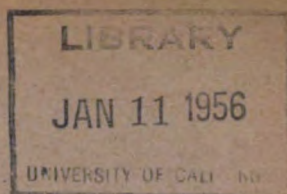


AL
LIBRARY
LIBRARY



Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 42

BERLIN, DEN 19. OKTOBER

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONAL

AUS DEM INHALT

An einem schwierigen Wendepunkt / Rosental: Die Kontrollziffern der
Volkswirtschaft der UdSSR für das Jahr 1927/28 / Stalin: Die politische
Physiognomie der russischen Opposition / Rodin: Probleme der permanen-
ten Arbeitslosigkeit in Deutschland / Die österreichische Frage

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 42 19. OKTOBER

I N H A L T

	Seite
An einem schwierigen Wendepunkt — von der Kuomintang zu den Räten	2029
Rosental: Die Kontrollziffern der Volkswirtschaft der UdSSR für das Jahr 1927/28	2034
J. Stalin: Die politische Physiognomie der russischen Opposition	2039
Nach Edinburgh — Blackpool	2047
Peter Rodin-Berlin: Probleme der permanenten Arbeitslosigkeit in Deutschland	2053
Slutski: Ein halbjähriger Kampf der amerikanischen Kohlenarbeiter	2061
Die österreichische Frage	2069
Die Situation in der Kommunistischen Partei Chinas zur Zeit des 5. Parteitages	2071

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

AN EINEM SCHWIERIGEN WENDEPUNKT — VON DER KUOMINTANG ZU DEN RÄTEN

Die von Ye Tin und Ho Lun geführte revolutionäre Armee, die Anfang August in Nantschang die Fahne des Aufstandes entrollte, dann im Laufe von zwei Monaten nach Kwangtung vordrang und Swatau besetzte, ist jetzt zum Rückzug und zur Räumung nicht nur Swataus, sondern auch Tsiangs und Tschautschous gezwungen. Wie vorläufig noch unbestätigte Nachrichten besagen, bahnt sich die revolutionäre Armee, von drei Seiten eingekreist, unter teilweisen Niederlagen den Weg nach Amoi, einem bedeutenden Herd der Bauernaufstände.

Es ist heute schwer vorauszusagen, wie dieser Feldzug enden wird: ob es der revolutionären Armee Ye Tins und Ho Luns gelingen wird, Kanton zu besetzen, oder ob diese Armee in allernächster Zukunft eine Niederlage erleiden und aufgegeben werden wird. Die Erfahrungen des Bürgerkrieges in Rußland und in China zeigen, daß im Bürgerkrieg eine revolutionäre Armee, wenn sie von den Sympathien der Volksmassen umgeben ist, die Fähigkeit besitzt, siegreich aus einer Lage hervorzugehen, die für eine Armee im gewöhnlichen Krieg verhängnisvoll wäre.

Wie dem auch sei: Wenn man in Betracht zieht, daß die Armee Ye Tins und Ho Luns zu einem zweimonatigen erfolgreichen Vormarsch fähig war, trotzdem sie einer konterrevolutionären Einheitsfront der gesamten Bourgeoisie und der gesamten, von den „Linken“ angeführten Kuomintang gegenüberstand und trotzdem die Generale, darunter auch Tschang Fa-kui, der sich anfangs dem Marsch nach Kwangtung anschloß, die Revolution verrieten; wenn man in Betracht zieht, daß die kleine Armee Ye Tins und Ho Luns, je weiter sie nach dem Süden vordrang, um so mehr durch Partisanenabteilungen der Bauern verstärkt wurde, deren Aufstand immer weiter um sich greift — wenn man all das in Betracht zieht, so kann man behaupten, daß die chinesische Revolution lebt. Die Schwierigkeiten selbst, auf die die revolutionäre Armee zur Zeit stößt und zu denen zweifellos noch solche finanziell-ökonomischer Natur und auch die Gefahr einer direkten imperialistischen Intervention hinzukommen wird — falls es der Armee gelingt, Kanton zu besetzen —, diese Schwierigkeiten zeugen lediglich davon, daß eine höhere Periode der chinesischen Revolution beginnt, die Periode der gegen die Einheitsfront der Feudalherren und der Bourgeoisie gerichteten demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die schon nicht mehr unter dem Banner der Kuomintang, sondern unter dem der Räte stehen wird.

Die chinesische Revolution lebt, weil die konterrevolutionäre Bourgeoisie sich als unfähig erwiesen hat, die Aufgaben zu erfüllen, die sie sich stellte. Nach dem Kommunistenaufruf in Nantschang und der Niederlage Tschang Kai-scheks an der Eisenbahnlinie Pukou—Tientsin kam es zu einer Aussöhnung zwischen Wuhan und Nanking. Den ersten Kuppler bei dieser Annäherung der gestrigen Feinde spielte der Verräter Feng Yu-hsiang. Was

war der Zweck dieser Kuppellei? Am 20. Juli veröffentlichte Feng einen „offenen Brief“ „an die Mitbürger und die Revolutionsgenossen“, in dem er die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Nanking und Wuhan zu beweisen suchte. Er sagte in dem Brief:

„. . . Die kommunistischen Genossen müssen aus der Revolutionsfront ausscheiden und den Klassenkampf der Arbeiter und Bauern abbrechen. In China gibt es keine Klassen. Man darf nicht einen solchen Kampf künstlich entfachen. Für China heißt die Losung: nationale Revolution, nicht aber Klassenkampf.“

Im selben Sinne war auch das von der Wuhan-Regierung und dem Wuhaner Zentralkomitee der Kuomintang am 19. August erlassene Manifest:

„. . . 2. Die Spaltung (zwischen Wuhan und Nanking) hat unserer Partei großen Schaden zugefügt . . . Wenn wir uns von neuem vereinigen werden, wird es unsere Aufgabe sein, die Imperialisten und die Militaristen in kurzer Zeit zu vernichten.

3. Die Kommunisten, diese Feinde unseres Volkes, diese Verräter an unserer Partei, die nur uns zu verdanken haben, daß sie zu einer bedeutenden Macht geworden sind, müssen unverzüglich vernichtet werden, aber auf friedlichem Wege (?).“

So stellte also der vereinigte konterrevolutionäre Block der Bourgeoisie seine Aufgabe dar: einerseits energische Fortsetzung des Kampfes gegen die Imperialisten und Militaristen, andererseits Erdrosselung der Arbeiter- und Bauernbewegung und die Ausrottung der Kommunisten „auf friedlichem Wege“. Der Vorbehalt hinsichtlich der „friedlichen“ Methoden dieser Ausrottung war eine Konzession der Bourgeoisie an die Heuchelei der linken Kuomintang-Leute, die die Sache der Revolution verraten hatten. In Wirklichkeit kam diese „friedliche“ Ausrottung darin zum Ausdruck, daß man sich in Wuhan genau so eifrig des Henkerbeiles gegen die Kommunisten bediente, wie in Schanghai.

Wie hat nun die Konterrevolution ihre Aufgaben erfüllt?

Sie versprach, „die Militaristen in kurzer Zeit zu vernichten“, in Wirklichkeit aber stärkte sie die Militaristen und wurde selber militaristisch. Als Feng Yu-hsiang Hankau mit Nanking aussöhnte, schloß er gleichzeitig ein Geheimabkommen mit dem Machthaber der Provinz Schansi, dem Militaristen Yen Hsi-schan, wobei ein Punkt dieses Abkommens folgendes besagte:

„Nach der Eroberung der Provinz Tschili durch Feng Yu-hsiang wird eine strenge Teilung des Territoriums durchgeführt, wobei das Gebiet längs der Peking-Schunjang-Eisenbahn an Yen Hsi-schen abgetreten werden muß.“

Das ist also der erste Schritt Feng Yu-hsiangs zur „Vereinigung“ Chinas ohne Hilfe der Kommunisten! Noch „energischer“ wurden die Militaristen zu jener Zeit von Tschang Kai-schek bekämpft. Während Feng Yu-hsiang das Bündnis zwischen Wuhan und Nanking vorbereitete, war Tschang Kai-schek bemüht, einen Dreibund zwischen ihm (Tschang Kai-schek), Yen Hsi-schan und . . . Tschang Tso-lin ins Leben zu rufen. Am 28. Juli nahmen Vertreter Tschang Kai-scheks in Peking Verhandlungen über ein Bündnis mit Tschang Tso-lin auf. Der Vorschlag Tschang Kai-scheks fand Widerhall bei der jungen Gruppe der Tschang Tso-lin-Leute, die von dem Sohn Tschang Tso-lins, Tschang Tso-fang, geführt wird. Die Verhandlungen scheiterten nur an dem Widerstand des Vertreters der „alten Gruppe“ der Tschang Tso-lin-Richtung, Sun Tschuan-fang. Man redete also von einem verstärkten Kampf gegen die Militaristen des Nordens und führte in Wirklichkeit Verhandlungen über ein enges Bündnis mit ihnen!

Die konterrevolutionäre Bourgeoisie versprach „die Militaristen in kurzer Zeit zu vernichten“. Was hat sie nun zu diesem Zweck unternommen, und was hat sie in dieser Richtung erreicht? Die in Tientsin erscheinende Zeitung „L'Impartial“ brachte am 12. August folgende Meldung aus Schanghai:

„Gestern abend veranstalteten Tschang Kai-schek und Hu Han-min ein Bankett zu Ehren des japanischen Gesandten, an dem alle führenden Mitglieder der Nanking-Regierung teilnahmen. Hu Han-min führte den Vorsitz und hielt eine feierliche Rede. Er führte aus: ‚Heute empfängt unsere Regierung zum erstenmal einen ausländischen Diplomaten. Aus der ganzen Geschichte der Kuomintang geht hervor, daß zwischen unserer Partei und Japan stets ein freundschaftliches Verhältnis bestanden hat. Wir hoffen, daß wir auch künftig Hand in Hand gehen werden.‘ Tschang Kai-schek gab seinerseits dem Wunsch Ausdruck, Japan möge auch fernerhin ‚China helfen, dessen nationale Revolution zu verwirklichen.‘“

Das bedeutet den Bock zum Gärtner machen. Daß kein enges Bündnis zwischen Tschang Kai-schek und dem japanischen Imperialismus zustande kam, war nicht die Schuld Tschang Kai-scheks. Es war vielmehr eine Folge der Tatsache, daß der Dreibund, den Tschang Kai-schek mit Yen Hsi-schan und Tschang Tso-lin plante und dem Japan Sympathien entgegenbrachte, nicht zustande kam, weil die alte Gruppe der Tschang Tso-lin-Richtung sich dem widersetzte. Nichtsdestoweniger hat Japan Wege gefunden, den faktischen Zerfall der antiimperialistischen Front der chinesischen Bourgeoisie auszunutzen, um die Südmandschurei ganz an sich zu reißen. Den letzten Nachrichten zufolge ist sie im Begriff, sogar nach Peking Truppen zu entsenden. Zur selben Zeit, da die Nanking-Regierung vor Japan kapitulierte, kapitulierte die Wuhan-Regierung vor dem englischen Imperialismus. Die englische Konzession in Hankau, die auf revolutionärem Wege von den Hankauer Arbeitern besetzt worden war, ist heute wieder in die Hände der Engländer übergegangen, ohne den geringsten Widerstand, sogar ohne jeden Protest seitens der Wuhan-Leute.

Die konterrevolutionäre Bourgeoisie versprach, den Klassenkampf der Arbeiter und der Bauern auf friedlichem Wege aus der Welt zu schaffen. Was hat sie aber in Wirklichkeit erreicht? Einerseits bediente sie sich den Kommunisten, den Arbeitern und Bauern gegenüber der Methoden des brutalsten weißen Terrors, andererseits versuchte sie, die Arbeiter zu korrumpieren. Nachdem sie die Klassengewerkschaften zerschlagen hatte, rief sie neue — gelbe, faschistische — Gewerkschaftsverbände ins Leben und gaukelte den Arbeitern vor, sie werde den Arbeitstag verkürzen, die Arbeitergesetzgebung in Angriff nehmen, die Frauen- und Kinderarbeit schützen usw.

Was hat sie nun in Wirklichkeit durch ihre Terror- und Betrugsmethoden erreicht? Zwar sank bald nach dem Umsturz Tschang Kai-scheks im Monat Mai infolge des Terrors die Zahl der streikenden Arbeiter in Schanghai auf 2500, und die Zahl der Streiktage auf 5350, im Juni aber setzt bereits eine neue Streikwelle in Schanghai ein. In diesem Monat streiken dort 13 166 Arbeiter, die Zahl der Streiktage erreicht 35 423. Nach dem Rücktritt Tschang Kai-scheks kommt es auch in Kanton zu einem Aufschwung der Arbeiterbewegung. Am 19. August melden die Schanghai Zeitungen, daß in Kanton ein großer Streik der Arbeiter im Maschinenbau vorbereitet werde; am 28. August kommt es in Fuschang zu einem Straßenkampf zwischen Polizei und Rikschas. Am nächsten Tag stellen die Rikschas an den Polizeipräsidenten eine Reihe von Forderungen. Diese werden abgelehnt, 8000

Rikschas treten in den Streik, worauf die meisten Forderungen erfüllt werden müssen. Nach dem Rücktritt Tschang Kai-scheks brach in Schanghai auch ein politischer Streik der Textilarbeiter aus. 1200 Arbeiter einer japanischen Textilfabrik legten die Arbeit nieder und verbreiteten Flugblätter gegen die Nanking-Regierung. Am nächsten Tage schlossen sich ihnen weitere Betriebe an usw. Noch stärker als die Streikbewegung in den Städten, griff die Bauernbewegung um sich: die Agrarrevolution schwillt in ganz Südchina immer mehr an, und nur dank ihr konnten sich Ye Tin und Ho Lun nach Kwantung durchschlagen.

Aber nicht nur der neue Aufschwung der Arbeiter- und Bauernbewegung zeugt davon, daß die konterrevolutionäre Bourgeoisie außerstande ist, die „Ordnung“ in China wiederherzustellen. Auch die Handelsbourgeoisie begann gegen die Nanking-Regierung aufzubegehren. Nach dem Rücktritt Tschang Kai-scheks schrieb die in Peking erscheinende japanische Zeitung „Schun Tien Schi Pao“ in ihrem Leitartikel vom 16. August über die Nanking-Regierung folgendes:

„Die Regierung hat sich durch ihre Finanznöte dazu verleiten lassen, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um die Staatseinnahmen zu vergrößern. Die Folge davon war, daß die Regierung nicht nur jede Sympathie beim Volke verlor, sie rief auch starke Unzufriedenheit innerhalb der Schanghaier Bourgeoisie hervor . . .“

Und Yu Si-king, der Vertreter der Handelsbourgeoisie selbst, der bald nach dem Abgang Tschang Kai-scheks Vorsitzender der Schanghaier Handelskammer wurde, sagte darüber:

„Die großen Leiden, denen die Kaufleute ausgesetzt wurden, waren die Folge davon, daß der Handel in dem Yangtse-Gebiet aufhörte, die Ware nicht abgesetzt werden konnte und eine Krise der Geldzirkulation einsetzte. . . . Ferner muß ich ein paar Worte über die zwei letzten Dekrete sagen. Erstens über das Einfuhrverbot für Silber. Seit der Veröffentlichung dieses Dekrets wurden heimlich 60 Millionen Tael exportiert. In Schanghai pflegten gewöhnlich ungefähr 100 Millionen Tael im Umlauf zu sein, jetzt zirkulieren dort nur noch 30 bis 40 Millionen, so daß eine Katastrophe zu befürchten ist. Was die Abschaffung der Lizin (Binnenzölle) und die Erhöhung der Zusatzsteuern betrifft, so könnte die Belastung der Kaufleute bei einer richtigen Durchführung dieser Maßnahmen um die Hälfte verringert werden; vom Standpunkte der Regierung aus erscheinen mir aber diese Maßnahmen bedenklich, denn sie werden nur bewirken, daß die Einfuhrwaren nicht nach Schanghai, sondern nach anderen Hafenstädten kommen werden, so daß der Steuerertrag letzten Endes nicht größer, sondern kleiner werden wird. Was die finanzielle Unterstützung der Regierung durch die Kaufleute betrifft, so muß ich erklären, daß wir bis zur Stunde zu diesem Zweck an Stelle von 30 Millionen über 60 Millionen ausgegeben haben.“

Diese Unzufriedenheit der Handelsbourgeoisie bedeutete natürlich keineswegs, daß sie irgendwelche ernste Differenzen mit der herrschenden Kuomintang hatte. Sie ist nur ein Beweis dafür, wie schwer es ist, unter den heutigen Bedingungen in China eine stabile bürgerliche Ordnung zu schaffen.

Die chinesische Revolution lebt, jedoch hat die Geschichte zwischen der neuen, zur Zeit nur angedeuteten Etappe der chinesischen Revolution und ihren früheren Etappen einen scharfen Trennungsstrich gezogen. In den früheren Etappen der chinesischen Revolution sahen wir einen antiimperialistischen und antimilitaristischen Block des Proletariats und der Bauernschaft mit der nationalen Bourgeoisie. Die chinesische Revolution entwickelte sich unter dem Banner der Kuomintang, die sich zu der Ideologie Sun Yat-sens bekannte. Dieser Block, dieses Banner und diese Ideologie

waren damals, trotz des Widerstandes der nationalen Bourgeoisie, kein Hindernis für die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung; sie förderten vielmehr o b j e k t i v die Entwicklung dieser Bewegung; damals hinderten sie nicht, sondern förderten o b j e k t i v das Wachstum der Kommunistischen Partei Chinas, die schon im Rahmen der Kuomintang den Kampf mit der Bourgeoisie um die Hegemonie in der chinesischen Revolution aufnahm. Jetzt hat sich all das von Grund aus geändert. Die Bourgeoisie, die bereits im Frühjahr 1926 einen konterrevolutionären Umsturz versuchte, ging im April 1927 endgültig ins Lager der Konterrevolution über. Damals, nach der Spaltung der Kuomintang, gab es noch gewisse Voraussetzungen dafür, daß die linke, die Wuhaner Kuomintang, die von kleinbürgerlichen Intellektuellen und zum Teil von Kommunisten geführt wurde, imstande sein würde, einen entschlossenen Kampf gegen die Konterrevolution zu führen, sich an die Spitze der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern zu stellen, die Führung der Agrarrevolution zu übernehmen. Das ist nicht eingetreten, zum Teil darum, weil die frühere Leitung der jungen Kommunistischen Partei Chinas nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben stand, weil sie es nicht verstand und es nicht wagte, die revolutionären Direktiven, die sie von der Komintern erhielt, konsequent zu verwirklichen. Die Folge davon war, daß die Hegemonie auf die kleinbürgerlichen „linken“ Kuomintang-Leute überging und Wuhan die Revolution verriet, ebenso wie es bereits Tschang Kai-schek getan hatte. Dadurch war das Banner der Kuomintang endgültig kompromittiert. Aus der Lehre Sun Yat-sens, die früher in China eine revolutionäre Rolle gespielt hatte, wurde das herausgesondert, was die beste politische Bemäntelung der Konterrevolution werden mußte und bereits geworden ist, nämlich die Theorie, daß es in China keine Klassen gäbe und daß dort kein Klassenkampf am Platze sei.

Die chinesische Revolution wird auch künftig eine nationale Revolution bleiben, die gegen den Imperialismus und den Feudalismus gerichtet ist. Der Führer dieser Revolution wird aber das Proletariat im Bündnis mit der Bauernschaft und im Kampfe gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie sein. Die chinesische Revolution kann darauf rechnen, daß sie auch künftig breite Schichten der städtischen Kleinbourgeoisie im Gefolge haben wird; die Hegemonie aber wird nicht mehr die bankrott gewordene kleinbürgerliche Intelligenz inne haben, sondern einzig und allein die Kommunistische Partei — die Avantgarde des chinesischen Proletariats. Für einen Block des Proletariats und der Kleinbourgeoisie im Rahmen einer nationalen Einheitspartei, der Kuomintang, kann es keinen Platz mehr geben. Die Staatsgewalt selbst muß in dem Maße, in dem die Revolution auf Industriezentren übergreift, die Form der Sowjets annehmen — allerdings nicht solcher Sowjets, wie sie in Rußland bestehen, nicht die Form von Sowjets, die die Diktatur des Proletariats verwirklichen und am Sozialismus bauen, sondern Sowjets, die die Aufgaben einer r e v o l u t i o n ä r - d e m o k r a t i s c h e n Diktatur verwirklichen. Die Losung der Sowjets, als Organisierung der revolutionären Einheit, die bereits nach der Kapitulation Wuhans als eine Propagandalosung aufgestellt wurde, wird zur Losung der Aktion, zur Losung des unmittelbaren praktischen Handelns werden.

Der Weg zu einer solchen Sowjetmacht in China ist nicht kurz und nicht leicht. Wir dürfen uns darüber keinen Illusionen hingeben. Sogar wenn

es der revolutionären Armee, die zur Zeit einen verzweifelten Kampf führt, gelingen sollte, Kanton einzunehmen, würde sie die größten Schwierigkeiten zu überwinden haben, um sich zu behaupten und so zu erstarken, daß man — bereits unter den neuen Losungen der Sowjets — eine zweite Nordexpedition in die Industriezentren Chinas unternehmen könnte. Dieser Weg ist äußerst schwierig, weil die Kwangtung-Provinz, in der zur Zeit die revolutionäre Armee operiert, keine Industrie-Provinz ist, weil es dort sehr wenig Proletariat gibt und in den Städten die Handwerker überwiegen. Dieser Weg ist äußerst schwierig, weil das revolutionäre Komitee sofort am Tage der Macht-ergreifung in Kanton gewaltigen finanziell-ökonomischen Schwierigkeiten gegenüberstünde, da es die gesamte Bourgeoisie gegen sich haben und über keine genügenden ökonomischen Hilfsmittel verfügen würde. Dieser Weg ist schwierig, weil der Arbeiter- und Bauernregierung in Kanton eine unmittelbare Intervention der fremden Imperialisten drohen wird, die faktisch in Swatau bereits begonnen hat. Um diesen Weg zu bewältigen, wird die Kommunistische Partei die größte revolutionäre Entschlossenheit an den Tag legen müssen. Dieser Weg kann und wird zurückgelegt werden, weil das der einzige Weg zum Sieg der Revolution in China ist, zunächst der nationalen, dann auch der sozialen Revolution, weil Millionen von Arbeitern und Bauern diesen Weg bereits beschritten haben und ihn auch weiter beschreiten.

ROSENAL :

DIE KONTROLLZIFFERN DER VOLKSWIRTSCHAFT DER UDSSR. FÜR DAS JAHR 1927/28

Im Wirtschaftsjahre 1926/27 ist die Wiederaufbauperiode in der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR im wesentlichen beendet worden. Die Industrie hat das Vorkriegsniveau der Produktion überschritten. Das Transportwesen hat, was die Länge des Eisenbahnnetzes betrifft, das Vorkriegsniveau weit hinter sich gelassen. Die Landwirtschaft ist an das Vorkriegsausmaß, sowohl was die Anbaufläche (95,1 Prozent) als den Großviehbestand betrifft (96,9 Prozent), ganz dicht herangekommen.

Das neue Wirtschaftsjahr 1927/28, in das die Volkswirtschaft der UdSSR bereits eingetreten ist, hat schon voll und ganz als Jahr der Rekonstruktion zu gelten. Das gesamte Stammkapital der Volkswirtschaft war schon 1926/27 in Anspruch genommen. Die weitere Entwicklung ist also nur auf Grund großer Kapitalinvestitionen möglich, durch Gründung neuer Fabriken und Werke, neuer Unternehmungen — durch Erweiterung und Vergrößerung des Stammkapitals der Volkswirtschaft. Wenn also die Wiederaufbauperiode unter dem Zeichen der Nutzbarmachung des vom Kapitalismus übernommenen Stammkapitals stand, so befindet sich die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR während der rekonstruktiven Periode, in welche wir 1927/28 eingetreten sind, in direkter Abhängigkeit vom Ausmaß und Effekt neuer Kapitalzuwendungen an das Stammkapital.

Ein so scharfer Unterschied in den Bedingungen der volkswirtschaftlichen

Entwicklung zwischen der Wiederaufbau- und Rekonstruktionsperiode muß, theoretisch betrachtet, seinen Ausdruck in einem Umschlag des Tempos dieser Entwicklung finden. Der stürmische Aufschwung der Volkswirtschaft mußte sich mit dem Eintritt in die rekonstruktive Periode verlangsamen. Und in der Tat sieht der Plan für die nächsten fünf Jahre kein so rasches Tempo des Wachstums der Produktion, der Arbeiterklasse und des Lohnes voraus, wie das in der Wiederaufbauperiode der Fall war. Die Opposition aber hatte im Zusammenhang mit dem Uebergang zur Rekonstruktionsperiode eine Katastrophe vorausgesagt. Sie behauptete, daß die ökonomische Politik der KPSU mit dem Uebergang zur rekonstruktiven Periode unausweichlich zum „Schneckentempo“ in der Entwicklung der Volkswirtschaft im allgemeinen und in der Industrie im besonderen führt. Die von der Staatlichen Plankommission für das Jahr 1927/28 veröffentlichten Kontrollziffern entkräften auf das überzeugendste die alberne „Schneckentempo“-Philosophie der Opposition. Jetzt, wo die Perspektiven der volkswirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1927/28 im wesentlichen schon klar erkennlich sind, läßt sich mit aller Entschiedenheit behaupten, daß von irgend einem scharfen und entschiedenen Umschwung im Wachstumstempo der Produktion im Wirtschaftsjahr 1927/28 keine Rede sein kann, daß der Umschwung in dieser Hinsicht ausgeblieben ist.

Bruttoproduktion (in Millionen Vorkriegsrubeln)

	1925/26	1926/27	Zuwachs in %	1927/28	Zuwachs in %
	Absolut	Absolut	geg. das Vorj.	Absolut	geg. das Vorj.
1. Landwirtschaft	12 273	12 775	4,1	13 186	3,2
2. Industrie	6 876	7 820	13,7	8 870	13,4
Insgesamt	19 149	20 595	7,6	22 056	7,1

In der Bruttoproduktion der Industrie und Landwirtschaft verlangsamt sich das Tempo insgesamt nur von 7,6 Prozent auf 7,1 Prozent, das heißt um ein halbes Prozent. Ein anderes Verhältnis in der Entwicklung des Tempos ergibt sich, wenn wir nicht die Brutto, sondern die Warenproduktion ins Auge fassen. Das Wachstumstempo der Warenproduktion erhöht sich von 8,3 Prozent im Jahre 1926/27 auf 8,7 Prozent im Jahre 1927/28, der entsprechende Zuwachs in der Industrie von 13,5 Prozent auf 13,9 Prozent. In anderen Worten, das Wachstumstempo der Warenproduktion im Jahre 1927/28 verringert sich nicht nur nicht im Vergleiche mit dem Jahre 1926/27, sondern es wird beschleunigt.

Auch das Tempo der Bautätigkeit wächst. Der Zuwachs beträgt hier gegenüber 15,4 Prozent im Jahre 1926/27 jetzt 21,6 Prozent im Jahre 1927/28.

Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung sind besonders klar und anschaulich, wenn man sie jenen der Vorkriegszeit gegenüberstellt. Die Produktion der ganzen Industrie überschreitet das Vorkriegsausmaß um 14,5 Prozent, in der qualifizierten Industrie um 19 Prozent. In einzelnen Industriezweigen wird die Ueberschreitung der Vorkriegshöhe noch bedeutender. Die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen im Jahre 1927/28 ergibt 230 Prozent, von Steinkohle und Anthrazit 130 Prozent, die elektrotechnische Industrie 130 Prozent, die Naphthaindustrie 127 Prozent,

die Salzproduktion 114 Prozent usw. der Vorkriegsproduktion. Die Naphtha-industrie, deren Verwesung der Kapitalismus vorausgesagt hatte, hat gerade innerhalb des Sowjet-Wirtschaftssystems die Möglichkeit der intensivsten Entwicklung erhalten. Die Ausbeute an Naphtha im Jahre 1927/28 übersteigt die des Rekordjahres innerhalb der russischen kapitalistischen Bewirtschaftung, d. i. 1903, um 3,4 Prozent. Nur in einigen Industriezweigen, z. B. in der eisenverarbeitenden Industrie haben wir 1927/28 das Vorkriegsniveau noch nicht erreicht.

Ein so bedeutender Zuwachs der industriellen Produktion hat auch den relativen Anteil der Industrie an der Volkswirtschaft nicht unverändert gelassen. Dieser relative Anteil der Industrieproduktion ist von 40,7 Prozent im Jahre 1926/27 auf 42,7 Prozent im Jahre 1927/28 gestiegen.

Ueberschritten wird die Vorkriegsnorm im Transportwesen (die Länge des Eisenbahnnetzes um 32 Prozent, der Warenverkehr um 11,6 Prozent), in einzelnen Zweigen der Landwirtschaft (Großhornvieh um 12,3 Prozent, Ochsen um 25,9 Prozent usw.), im Naphthaexport usw.

Die Notwendigkeit der Einhaltung des angesetzten Tempos in der wirtschaftlichen Entwicklung und der weiteren Rekonstruktion der technischen Basis machen auch entsprechend erhöhte Kapitalinvestitionen in der Volkswirtschaft des Landes notwendig. Innerhalb des vergesellschaftlichten Abschnitts der Volkswirtschaft beträgt das Ausmaß der Kapitalinvestitionen 3,3 Milliarden Rubel, von welchen entfallen:

auf die Industrie	1184 Mill. Rubel
auf den Transport	484 „ „
auf die Elektrifizierung	280 „ „
auf Wohnungs- und Kommunalbauten	520 „ „
auf die Landwirtschaft	519 „ „

Die charakteristische Eigentümlichkeit der Kapitalinvestitionen des Jahres 1927/28 ist eine weitere Erhöhung der Ausgaben für Neuanlagen. Besonders deutlich kommt dieser Prozeß in der Industrie zum Ausdruck, wo der relative Anteil der Neuanlagen an den gesamten industriellen Investitionen von Jahr zu Jahr wuchs und im Jahre 1927/28 schon 23,8 Prozent erreicht.

So bedeutende Investitionen in die Stammfonds der Volkswirtschaft rücken die Frage der Verbesserung des ganzen Bauwesens und die Senkung des Bauindex entschieden in den Vordergrund. Die außerordentliche Höhe des Bauindex stellt das ernsteste Hindernis der Industrialisierung und Rekonstruktion unserer Wirtschaft und der Einhaltung des angesetzten Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung dar. Dabei gibt jedes Prozent einer Ermäßigung des Bauindex die Möglichkeit zu einer Vergrößerung des materiellen Umfangs der Kapitalinvestitionen um ein Vielfaches von zehn Millionen Rubeln. Diesem Umstande wurde bei Bestimmung von Ausmaß und Inhalt der Kapitalanlagen für 1927/28 Rechnung getragen, insbesondere soll in der Industrie der materielle Inhalt der Anlagen im Jahre 1927/28 um 30 Prozent wachsen, während die Zuweisungen an Mitteln sich nur um 20 Prozent erhöhen. Auf diese Art fordert die Erfüllung des angesetzten Planes für die Kapitalanlagen von der Industrie eine bedeutende qualitative Verbesserung ihrer Arbeit.

Es muß ausdrücklich unterstrichen werden, daß die Forderung nach

einer **q u a l i t a t i v e n** Verbesserung der Arbeit dem gesamten Wirtschaftsplan und insbesondere dem Plan der industriellen Entwicklung im Jahre 1927/28 zugrunde liegt. Die Nichterfüllung dieser Forderung in irgendeinem Teile spiegelt sich unausweislich im gesamten Wirtschaftsplan wider. All dies ist übrigens in der konstruktiven Periode, in welche die Volkswirtschaft der UdSSR im Jahre 1927/28 eintritt, ganz selbstverständlich.

Die Kontrollziffern für 1927/28 setzen den Zuwachs der Produktion der Staatsindustrie mit 17,7 Prozent an, bei einer Vergrößerung der Zahl der im Produktionsprozeß beschäftigten Arbeiter um 2,8 Prozent. Diese **q u a n t i t a t i v e** Beziehung beweist die Notwendigkeit einer **q u a l i t a t i v e n** Verbesserung der Arbeit der Industrie. Die Kontrollziffern der Industrie werden realisiert werden, wenn die im Plan angesetzte Steigerung der Produktivität der Arbeit verwirklicht wird. Andererseits wird der projektierte Zuwachs des realen Arbeitslohnes um 10 bis 12 Prozent — bei einer Steigerung des nominalen Arbeitslohns um 6,7 Prozent — nur dann verwirklicht werden, wenn der Budgetindex seinerseits um 5—6 Prozent sinkt, d. h. wiederum, wenn **q u a l i t a t i v e** Verbesserungen der Exponenten unserer Wirtschaft und insbesondere im Warenverteilungsapparat erzielt werden.

In engster Verbindung mit der **q u a l i t a t i v e n** Verbesserung der industriellen Arbeit steht die Erfüllung des angesetzten Planes der Kapitalanlagen in Abhängigkeit von der Herabsetzung der Selbstkosten der Industrieprodukte um 6 Prozent. Die Nichterfüllung dieser Direktive spiegelt sich unausweichlich in einer Verkürzung der inneren Akkumulation der Industrie und folglich einer Verkürzung der Mittel für die Kapitalanlagen wider.

All das verstärkt die Abhängigkeit der projektierten **q u a n t i t a t i v e n** Resultate in den Kontrollziffern für 1927/28 von der **q u a l i t a t i v e n** Verbesserung der Arbeit im sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft der UdSSR wieder.

Das Wachstum der industriellen Produktion, die Zunahme des relativen Anteils der Industrie an der Volkswirtschaft und die Verstärkung ihrer führenden Rolle hat in der Landwirtschaft ihre Widerspiegelung gefunden. Die Landwirtschaft verändert ihre Physiognomie, betritt entschlossen den Weg der Intensivierung. Die Bruttoproduktion in technischen Kulturen wächst im Jahre 1927/28 um 18,7 Prozent, gegenüber einem Rückgange von 8,4 Prozent im Jahre 1926/27. Die Bruttoproduktion der Viehzucht wächst um 3,4 Prozent.

Einigermaßen angespannt wird im Jahre 1927/28 die Lage am Industriewarenmarkt sein.

Die zweite Jahreshälfte 1926/27 hat das Problem von Nachfrage und Angebot in Industriewaren mit besonderer Schärfe aufgerollt. Der Mangel an Industriewaren trat mit besonderer Schärfe im dritten Vierteljahr hervor, als gegenüber einem Zuwachs (im Vergleich zum dritten Vierteljahr 1925/26) der Produktion von Industrieprodukten des täglichen Gebrauches um 7 Prozent, der Arbeitslohnfonds um 16,6 Prozent, die Geldeinnahmen des Dorfes um 7,6 Prozent anstiegen.

Der zutage tretenden Tendenz in bezug auf die Nachfrage im Detailhandel und das Angebot an Industrieprodukten des täglichen Gebrauches Rechnung tragend, ist die Verwendung der Kapitalanlagen in der Industrie für 1927/28

in solcher Weise bestimmt worden, daß das Tempo des Zuwachses in der Produktion täglicher Gebrauchsgegenstände im Vergleich zu 1926/27 sich steigert (für 1927/28 112,4 Prozent und für 1926/27 110,7 Prozent). In der gleichen Richtung wirkt auch die Entwicklung der Kleinindustrie.

Zwecks Vorbeugung der möglichen Entstehung eines scharfen Waren-defizits sehen die Kontrollziffern die Stabilität der Getreidepreise, die Aufrechterhaltung des Frühjahrsniveaus der Preise für industrielle Rohstoffe landwirtschaftlicher Provenienz und die Ermäßigung der Preise der Produkte der Viehzucht um 6 Prozent voraus.

Die Perspektiven des Gleichgewichtes am Detailmarkte ergeben, bei Zugrundelegung des Wirtschaftsjahres (von Oktober zu Oktober) folgendes Bild: das Einkommen der Bevölkerung wächst um 5,1 Prozent, das Angebot der Gegenstände des täglichen Gebrauchs um 7,3 Prozent.

Die fortgesetzte Vorwärtsbewegung der gesamten Volkswirtschaft kommt auch in der Vergrößerung der Gesamtzahl der in der Produktion beschäftigten Arbeitskraft zum Ausdruck. Bei Stabilität der in der Landwirtschaft beschäftigten Lohnarbeiter (2 041 000) wächst die Zahl der in der Industrie Beschäftigten um 85 000, im Bauwesen um 50 000, verringert sich dagegen im Transportwesen um 11 000.

Dieser Zuwachs an Arbeitskraft kann jedoch natürlich nicht nur die bestehende Arbeitslosigkeit nicht liquidieren, sondern auch deren weiteres Anwachsen nicht zum Stehen bringen, welche auf die agrarische Wanderbewegung und den wachsenden Zug nach der Stadt, als Folge der verbesserten Lage der Arbeiter, zurückzuführen ist und nur durch die Intensivierung der Landwirtschaft beseitigt werden kann.

Das Niveau der Lebenshaltung (auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet) steigt. Dabei ist die Erhöhung am stärksten bei den Lohnarbeitern (von 795 Rubel im Jahre 1926/27 auf 843 Rubel im Jahre 1927/28), während bei der Bauernschaft das Einkommen von 205 Rubel auf 217 Rubel, das der kapitalistischen Gruppen von 1453 auf 1493 Rubel wächst.

Das durchschnittliche Monatsarbeitseinkommen eines Arbeiters der Staatsindustrie steigt im Jahre 1927/28 nominell um 6 Prozent, das reale hingegen (unter Anrechnung der Senkung des Budgetindex um 6—7 Prozent) um 12 Prozent. Auf diese Art übersteigt im Jahre 1927/28 das reale Arbeitseinkommen des Arbeiters jenes der Vorkriegszeit um 12 Prozent, mit Anrechnung jedoch der früheren Umlagekosten und der das Arbeiterbudget belastenden direkten und indirekten Abzüge, um 30 Prozent.

Parallel mit dem allgemeinen Wachstum der gesamten Volkswirtschaft wächst der sozialistische Sektor in beschleunigtem Tempo.

Der relative Anteil des sozialistischen Sektors an der Bruttoproduktion der gesamten Industrie steigt von 86 Prozent auf 87,3 Prozent. Auf dem Gebiete der Lohnarbeit vergrößert sich der relative Anteil des vergesellschaftlichen Sektors von 80,2 Prozent im Jahre 1926/27 auf 80,8 Prozent im Jahre 1927/28, am Arbeitslohnfonds von 90,2 Prozent auf 91,5 Prozent, in der Warenzirkulation von 72,6 Prozent auf 84,5 Prozent, für Investitionen von 61 Prozent auf 64,7 Prozent.

In dieser Weise drängt der sozialistische Sektor von Jahr zu Jahr unaufhaltsam den nicht vergesellschaftlichten zurück und wandelt gleichzeitig auf der Basis der weitausgreifenden Kooperierung die Warenwirtschaft um.

Es muß jedoch entschieden unterstrichen werden, daß die ganze projektierte wirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 1927/28 auf das engste mit den qualitativen Erfolgen der Arbeit der Volkswirtschaft der UdSSR verbunden und von diesen abhängig ist. Die Erreichung der projektierten quantitativen Resultate steht in direkter Abhängigkeit von der qualitativen Besserung in der Arbeit des sozialistischen Sektors.

Zur zehnjährigen Wiederkehr der Oktober-Revolution hat das Proletariat der UdSSR gezeigt und bewiesen, welche schöpferischen Möglichkeiten in der Revolution liegen, welche unermeßlichen schöpferischen Kräfte das Proletariat in sich birgt. Die Vorkriegsnormen gehören jetzt schon der Vergangenheit an. Als Maß für die Vorwärtsbewegung kann nicht mehr die Vorkriegsnorm dienen, sondern die Umwandlung der Uebergangswirtschaft der UdSSR zur sozialistischen Wirtschaft. Diese Periode ist nicht weniger schwierig, nicht weniger verantwortungsvoll als jene des Wiederaufbaus, aber schon die Kontrollziffern für das Jahr 1927/28 legen das beste Zeugnis dafür ab, daß das Proletariat der UdSSR auch diese Schwierigkeiten zu überwinden vermag und in der kürzesten historischen Frist das Niveau der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung der vorgeschrittenen kapitalistischen Staaten erreichen und überholen wird, wenn das ökonomische Wachstum der UdSSR nicht durch Interventionen unterbrochen wird.

Aus dem Rußland der Neuen Oekonomischen Politik wird das sozialistische Rußland aufgebaut.

DIE POLITISCHE PHYSIOGNOMIE DER RUSSISCHEN OPPOSITION

Aus der Rede des Genossen Stalin auf der vereinigten Sitzung des Präsidiums des EKKI und der IKK am 27. September 1927.

Genossen, die Redner haben hier so gut und so gründlich gesprochen, besonders der Genosse Bucharin, daß mir nur wenig zu sagen bleibt. Ich habe die Rede des Genossen Wujowitsch nicht ganz angehört, da ich nicht im Saale war, und habe nur ein kurzes Ende seiner Rede erhaschen können. Aus diesem Stück seiner Rede entnahm ich, daß er die KPSU des Opportunismus bezichtigt, sich selbst aber für einen Bolschewik hält und die KPSU im Leninismus unterweisen will. Was ist hierzu zu sagen? Wir besitzen in der Partei leider eine gewisse Zahl von Leuten, die sich als Bolschewiki bezeichnen, in Wirklichkeit aber mit dem Leninismus nichts gemein haben. Ich glaube, daß zu diesen Leuten der Genosse Wujowitsch gehört. Wenn solche Leute es unternehmen, die KPSU im Leninismus zu unterweisen, so kann man sich leicht vorstellen, was dabei herauskommen kann. Meines Erachtens verdient die Kritik des Genossen Wujowitsch keine Antwort. Mir kommt hier eine kleine Begebenheit, die sich mit dem deutschen Dichter Heine zugetragen hat, in den Sinn. Gestatten Sie, daß ich Ihnen die Geschichte erzähle. Unter den verschiedenen Kritikern, die in der Presse Heine angriffen, war auch ein wenig erfolgreicher, ziemlich unbegabter Literaturkritiker mit Namen Aufenberg. Der hervorstechendste Zug dieses

Schriftstellers bestand darin, daß er unausgesetzt „kritisierte“, und Heine mit seiner Kritik in der Presse in skrupelloser Weise zusetzte. Heine hielt es offenbar nicht für nötig, auf diese „Kritik“ zu reagieren und schwieg sich hartnäckig aus. Dies setzte die Freunde Heines in Erstaunen und sie wandten sich an ihn mit einem Schreiben, wie es zu verstehen sei, daß er auf den Wust der kritischen Aufsätze Aufenbergs gegen ihn nicht zu antworten für nötig halte. Heine war nun gezwungen, zu antworten. Was antwortete er auf diese Anfrage seiner Freunde? Heine antwortete in der Presse mit den wenigen Worten: „Einen Schriftsteller Aufenberg kenne ich nicht, ich nehme an, daß er etwas in der Art Darlenkurs ist, den ich ebenfalls nicht kenne.“ Kurz, aber kräftig. Die russischen Bolschewiki könnten, wenn sie die Worte Heines paraphrasieren sollten, hinsichtlich der kritischen Uebungen Wujowitsch's sagen: „Einen Bolschewik Wujowitsch kennen wir nicht, wir nehmen an, daß er etwas in der Art Scholem ist, den wir ebenfalls nicht kennen.“

Nunmehr über den Genossen Trotzki und die Opposition. Das Hauptunglück der Opposition besteht darin, daß sie die Dinge, über die sie hier schwatzt, nicht versteht. Der Genosse Trotzki sprach in seiner Rede über die Politik in China. Er will aber nicht zugeben, daß die Opposition in der Frage über China keinerlei Linie, keinerlei Politik besessen hat. Die Opposition schwankte, trat „auf der Stelle“, pendelte hin und her, eine Linie hatte sie jedoch nicht. Um drei Fragen drehte sich für uns der Streit: um die Frage der Beteiligung der Kommunisten an der Kuomintang, um die Frage der Sowjets und um die Frage des Charakters der chinesischen Revolution. In all diesen Fragen erwies die Opposition ihren Bankerott, denn sie besaß keinerlei Linie.

Die Frage über die Beteiligung in der Kuomintang. Im April 1926, d. h. einen Monat nach dem 6. Plenum des EKKI, wo eine Entschliebung zugunsten einer Beteiligung der Kommunisten an der Kuomintang angenommen wurde, forderte die Opposition den sofortigen Austritt der Kommunisten aus der Kuomintang. Weshalb? Weil die durch den ersten Vorstoß Tschang Kai-scheks (April 1926) eingeschüchterte Opposition im Grunde genommen eine Anpassung an Tschang Kai-schek forderte, die Kommunisten aus dem Spiel der revolutionären Kräfte in China herauszubringen trachtete. Formell begründete jedoch die Opposition ihre Forderung des Austritts aus der Kuomintang damit, daß Kommunisten sich nicht an bürgerlich-revolutionären Organisationen beteiligen könnten, als welche die Kuomintang unbedingt angesprochen werden müßte. Ein Jahr später jedoch, im April 1927, forderte die Opposition die Beteiligung der Kommunisten an der Kuomintang Wuhans. Weshalb? Hatte etwa die Kuomintang im Jahre 1927 aufgehört, eine bürgerliche Organisation zu sein? Wo ist hier eine Linie, ja nur der Schatten einer Linie?

Die Frage der Sowjets. Auch hier hatte die Opposition keine bestimmte Linie. Ein Teil der Opposition forderte im April 1927 die sofortige Organisierung von Sowjets in China zwecks Niederwerfung der Kuomintang in Wuhan. (Trotzki.) Gleichzeitig forderte ein anderer Teil der Opposition gleichfalls die sofortige Schaffung von Sowjets, jedoch zwecks Unterstützung der Kuomintang in Wuhan, und nicht zwecks Sturzes der Kuomintang (Sinowjew). Das heißt nun bei ihnen eine Linie! Hierbei

forderten beide Teile der Opposition, sowohl Trotzki wie Sinowjew, indem sie die Organisierung von Sowjets verlangten, gleichzeitig die Beteiligung der Kommunisten an der Kuomintang, die Beteiligung der Kommunisten an der regierenden Partei. Das verstehe, wer kann! Sowjets schaffen und gleichzeitig die Beteiligung der Kommunisten an der regierenden Partei, d. h. an der Kuomintang fordern, — das ist eine Narretei, auf die nicht jeder kommt. Und das nennt sich eine Linie.

Die Frage des Charakters der chinesischen Revolution. Die Komintern war der Meinung und ist es auch nach wie vor, daß die Grundlage der Revolution in China in der gegebenen Periode die agrarisch-bäuerliche Revolution ist. Und was ist die Meinung der Opposition in dieser Beziehung? Sie hatte in diesem Punkte überhaupt niemals irgendeine bestimmte Meinung. Bald versicherte sie, daß es in China keine Agrarrevolution geben könne, da überhaupt kein Feudalismus vorhanden sei; bald erklärte sie, daß in China eine Agrarrevolution möglich und notwendig sei, obwohl sie den feudalistischen Ueberbleibseln in China keine ernsthafte Bedeutung beimaß, wobei nicht zu begreifen ist, woher dann in solchem Falle eine Agrarrevolution kommen konnte; bald aber versicherte sie, daß das Entscheidende in der chinesischen Revolution nicht die Agrarrevolution, sondern der Kampf für die Zollautonomie sei. Das verstehe, wer kann!

Das ist also die sogenannte „Linie“ der Opposition in den Streitfragen in der chinesischen Revolution.

Dies ist keine Linie, sondern ein Umhertrotten auf einem Platze, ein Wirrwarr, das gänzliche Fehlen einer Linie.

Und diese Leute unternehmen es, die leninistischen Positionen der Komintern zu kritisieren! Ist das nicht lächerlich, Genossen?

Der Genosse Trotzki sprach hier von der revolutionären Bewegung in Kwangtung, von den Truppen Ho Luns und Ye Tins, und beschuldigte uns hierbei, daß wir hier angeblich eine neue Kuomintang schaffen zwecks Leitung dieser Bewegung. Ich werde diesen gemeinen Klatsch, der vom Genossen Trotzki aus den Fingern gesogen ist, nicht widerlegen. Ich möchte nur erklären, daß dies alles von der südlichen revolutionären Bewegung ausgeht —, der Weggang der Truppen Ye Tins und Ho Luns aus Wuhan, ihr Vorrücken nach Kwangtung, ihre Vereinigung mit der revolutionären Bewegung der Bauern usw., — ich will damit sagen, daß diese ganze Sache auf Initiative der Kommunistischen Partei Chinas begonnen wurde. Weiß das der Genosse Trotzki? Er muß das wissen, wenn er überhaupt etwas weiß. Wer wird diese Bewegung leiten, wenn sie Erfolg haben wird, wenn ein neuer Anstieg der Revolution in China zur Tatsache werden sollte? Selbstverständlich die Sowjets. Wenn es früher, in der Blüteperiode der Kuomintang keine günstigen Bedingungen für die sofortige Schaffung von Sowjet gab, so können die Sowjets jetzt, wo die Kuomintang sich blamiert hat und durch ihre Verbindung mit der Konterrevolution diskreditiert ist, bei einem Erfolg der Bewegung zu einem ausschlaggebenden Machtfaktor werden — und das wird tatsächlich der Fall sein —, der die Arbeiter und Bauern Chinas um sich zusammenschließt. Wer aber wird an der Spitze der Sowjets stehen? Natürlich die Kommunisten. Die Kommunisten werden aber an einer Kuomintang nicht mehr teilnehmen, wenn eine revolutionäre Kuomintang noch einmal auf der Bildfläche erscheint. Nur Borniertheit kann das Bestehen von Sow-

jets mit der Möglichkeit einer Beteiligung der Kommunisten an der Kuomintangpartei in Verbindung bringen. Diese beiden unvereinbaren Dinge zu verbinden, bedeutet, Natur und Bestimmung der Sowjets nicht verstehen.

Das gleiche muß auch bezüglich der Frage des Anglo-Russischen Komitees gesagt werden. Hier haben wir die gleichen Schwankungen und das Fehlen einer Linie bei der Opposition. Zu Anfang war die Opposition vom Anglo-Russischen Komitee begeistert. Sie behauptete sogar, das Anglo-Russische Komitee sei ein Mittel, um „den Reformismus in Europa unschädlich zu machen“ (Sinowjew), indem sie offenbar vergaß, daß die englische Hälfte des Anglo-Russischen Komitees ja gerade aus Reformisten besteht. Später, als die Opposition endlich erkannte, daß Purcell und seine Freunde Reformisten sind, wich ihre Begeisterung einer Enttäuschung, ja sogar einer Verzweiflung, und sie forderte den sofortigen Bruch als ein Mittel, um den Generalrat zu stürzen, ohne hierbei zu begreifen, daß man von Moskau her den Generalrat nicht stürzen kann. Von einer Dummheit zur anderen — das war die sogenannte „Linie“ der Opposition in der Frage des Anglo-Russischen Komitees. Trotzki vermag es nicht zu begreifen, daß, als die Sache bis zum Bruche gediehen war, das Entscheidende nicht der Bruch an sich war, sondern die Frage, um die der Bruch erfolgt, die Idee, die durch den Bruch demonstriert wird. Welche Idee wird durch den bereits erfolgten Bruch demonstriert? Die Idee der Kriegsgefahr, die Idee der Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Kriegsgefahr. Wer kann es leugnen, daß heute eben diese Idee die beherrschende Frage in ganz Europa ist? Daraus folgt aber, daß man gerade in dieser wichtigsten Frage den Arbeitermassen den Verrat des Generalrats vor Augen führen mußte, was auch durch uns geschehen ist. Die Tatsache, daß der Generalrat gezwungen war, die Initiative und das Odium des Bruches im Augenblick der neuen Kriegsgefahr auf sich zu nehmen, entlarvt am besten in den Augen der Arbeitermassen die verräterische und sozialdemokratische Natur des Generalrats in der wichtigen Frage des Krieges. Die Opposition versichert jedoch, es wäre besser gewesen, wenn wir die Initiative und das Odium des Bruches auf uns genommen hätten!

Und das nennt sich bei ihnen eine Linie! Und diese Wirtköpfe unternehmen es, die Leninschen Positionen der Komintern zu kritisieren. Ist das nicht lächerlich, Genossen?

Noch schlimmer steht es bei der Opposition um die Frage unserer Partei, um die Frage der KPSU. Genosse Trotzki versteht nicht unsere Partei. Er hat keine richtige Vorstellung von unserer Partei. Er schaut auf unsere Partei ebenso wie ein Junker auf den Pöbel oder wie ein Bürokrat auf seine Untergebenen schaut; sonst hätte er nicht behauptet, daß einzelne Personen, einzelne Führer in einer Millionenpartei, in einer KPSU „die Macht an sich reißen“, die Macht „usurpieren“ können.

Die Macht „an sich reißen“ in einer Millionenpartei, die drei Revolutionen durchgemacht hat und jetzt die Grundpfeiler des Weltimperialismus erbeben läßt, — bis zu dieser Dummheit hat sich Trotzki verstiegen. Kann man denn überhaupt in einer von revolutionären Traditionen erfüllten Millionenpartei die Macht „an sich reißen“? Warum ist es dann in solchem Falle Trotzki nicht gelungen, „die Macht in der Partei“ an sich zu reißen, zur Führung der Partei zu gelangen? Wodurch ist das zu erklären? Ist etwa der Genosse Trotzki dümmere oder weniger klug als ein Bucharin oder

Stalin? Besitzt etwa Trotzki nicht den Willen und den Wunsch zur Führung? Ist es etwa nicht Tatsache, daß er bereits mehr als zwei Jahrzehnte mit den Bolschewiki einen Kampf um die Führung in der Partei ausficht? Warum ist es ihm nicht gelungen, die Macht in der Partei „an sich zu reißen“? Ist er etwa ein weniger hervorragender Redner als die jetzigen Führer unserer Partei? Trifft es nicht etwa zu, daß Genosse Trotzki als Redner höher steht als viele unserer jetzigen Führer? Wodurch ist es in einem solchen Falle zu erklären, daß der Genosse Trotzki trotz seiner Redekunst, trotz seines Willens zur Führung, trotz seiner Fähigkeiten aus der Führung der großen KPSU genannten Partei ausgeschaltet geblieben ist? Genosse Trotzki ist geneigt, dies damit zu erklären, daß unsere Partei seiner Meinung nach eine abstimmende Hammelherde ist, die Stalin und Bucharin blindlings folgt. So können aber über unsere Partei nur Leute sprechen, die nur Verachtung für sie übrig haben und sie für Pöbel halten. Die Ansicht, daß die Partei eine abstimmende Hammelherde sei, ist bezeichnend für einen verkrachten Parteiaristokraten; sie zeugt davon, daß Trotzki das Parteiempfinden verloren hat und ebenso die Fähigkeit, die wirklichen Gründe des Mißtrauens der Partei gegenüber der Opposition zu erkennen. Und in der Tat, womit ist es zu erklären, daß die KPSU absolutes Mißtrauen gegenüber der Opposition zeigt? Es ist damit zu erklären, daß die Opposition danach trachtete, den Leninismus durch den Trotzkiismus zu ersetzen, den Leninismus durch den Trotzkiismus zu ergänzen, den Leninismus durch den Trotzkiismus zu „verbessern“. Die Partei will jedoch dem Leninismus treu bleiben — trotz aller Schliche der verkrachten Aristokraten in der Partei. Das ist also der Grund, weshalb die Partei, die drei Revolutionen durchgemacht hat, es für nötig hielt, sich von Trotzki wie von der Opposition überhaupt abzuwenden. Und die Partei wird in ähnlicher Weise mit jedem „Führer“ verfahren, der danach trachten wird, den Leninismus durch den Trotzkiismus oder durch irgendeine andere Art von Opportunismus zu übertünchen. Indem er unsere Partei als abstimmende Hammelherde hinstellt, bringt Trotzki seine Verachtung für die Parteimassen der KPSU zum Ausdruck. Was ist da weiter verwunderlich, wenn die Partei ihrerseits darauf mit Verachtung und mit dem Ausdruck vollendeten Mißtrauens gegenüber dem Genossen Trotzki antwortet?

Ebenso schlimm steht es in der Opposition mit der Frage des Regimes in unserer Partei. Der Genosse Trotzki stellt die Sache so hin, daß das gegenwärtige Parteiregime, das der ganzen Opposition wider den Strich geht, etwas sei, daß sich von jenem Parteiregime unterscheide, das unter Lenin festgelegt worden ist. Er will die Sache so darstellen, daß er gegen das von Lenin nach dem 10. Kongreß eingeführte Regime nichts einzuwenden habe, und daß er im Grunde genommen nur einen Kampf gegen das gegenwärtige Regime der Partei führe, das seines Erachtens mit dem von Lenin festgelegten Regime nichts gemein habe. Ich erkläre, Genossen, daß Genosse Trotzki hier eine direkte Unwahrheit sagt. Ich erkläre, daß das gegenwärtige Regime der Partei genau das Regime zum Ausdruck bringt, das in der Partei während des 10. und 11. Kongresses unserer Partei festgelegt wurde. Ich behaupte, daß der Genosse Trotzki einen Kampf gegen das leninistische Regime in der Partei führt, das unter Lenin und unter dessen Leitung festgelegt wurde. Ich behaupte, daß der Kampf der Trotzkiisten gegen das leninistische Regime

in der Partei bereits bei Lebzeiten Lenins begonnen hat, daß der gegenwärtige Kampf der Trotzlisten nur eine Fortsetzung jenes Kampfes gegen das Parteiregime ist, den sie schon bei Lebzeiten Lenins geführt haben.

Worin bestehen die Grundlagen dieses Regimes? Sie bestehen darin, — unter Durchführung der innerparteilichen Demokratie und unter Zulassung einer sachlichen Kritik der Fehlgriffe und Fehler der Partei —, keine fraktionelle Tätigkeit zuzulassen, jede fraktionelle Tendenz unter Androhung des Ausschlusses aus der Partei zu vernichten. Wann wurde dieses Regime in der Partei festgelegt? Auf dem 10. und 11. Kongreß unserer Partei. Ich behaupte, daß Genosse Trotzki und die Opposition ihren Kampf gerade gegen dieses Parteiregime führen. Wir besitzen ein solches Dokument, wie die „Erklärung der 46“, das von solchen Trotzlisten unterzeichnet ist, wie Pjatakow, Preobraschenski, Sserebrjakow, Alski u. a., wo direkt davon die Rede ist, daß das in der Partei nach dem 10. Kongreß festgelegte Regime sich überlebt habe und für die Partei unerträglich geworden sei. Was forderten diese Leute? Sie forderten die Zulassung fraktioneller Gruppierungen in der Partei und die Aufhebung der entsprechenden Beschlüsse des 10. Kongresses. Dies war im Jahre 1923. Ich erkläre, daß der Genosse Trotzki sich mit dem Standpunkt „der 46“ voll und ganz solidarisiert hat, indem er den Kampf gegen das nach dem 10. Kongreß festgelegte Parteiregime führte. Von hier aus nimmt der Kampf der Trotzlisten gegen das leninistische Parteiregime seinen Anfang. (T r o t z k i : Ich sprach nicht vom 10. Kongreß, Sie denken sich das aus.) Genosse Trotzki muß es unbedingt wissen, daß ich dies dokumentarisch belegen kann. (T r o t z k i : Sie haben nichts bewiesen und werden nichts beweisen. Sie lügen.) Sparen Sie sich die Kraftausdrücke. Mit dem Geschimpfe diskreditieren Sie sich nur selbst. Diese Dokumente sind unversehrt erhalten geblieben, ich werde Sie unter die Genossen verteilen und dann wird es sich erweisen, wer von uns lügt.* Ich behaupte, daß die Trotz-

* Anmerkung der Redaktion: Am 3. Oktober übergab Genosse Stalin dem politischen Sekretariat des EKKI als Anlage zum Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des EKKI die dokumentarischen Beweise, auf die er sich in seiner Rede berief und zwar:

1. Einen Auszug aus der „Erklärung der 46“ (15. Oktober 1923) mit der Unterschrift Pjatakows, Preobraschenskis, Sserebrjakows, Alskis und anderer:

„Das innerhalb der Partei eingerissene Regime ist ganz unerträglich. Es tötet die Selbständigkeit der Partei, indem es diese durch einen ausgesuchten Beamtenapparat ersetzt, der wohl in normaler Zeit, ohne auszusetzen, funktioniert, der aber im Augenblick von Krisen unvermeidlich versagt und angesichts der heraufziehenden ersten Ereignisse sich als vollkommen unzulänglich zu erweisen droht. Die entstandene Lage erklärt sich dadurch, daß das nach dem 10. Kongreß objektiv zustande gekommene Regime der fraktionellen Diktatur innerhalb der Partei sich überlebt hat.“

2. einen Auszug aus der Erklärung des Genossen Trotzki im ZK und in der ZKK (8. Oktober 1923):

„Das Regime, das sich in der Hauptsache bereits vor dem 12. Kongreß herausgebildet hat und nach demselben seine endgültige Festigung und Ausgestaltung erfahren hat, ist von einer Arbeiterdemokratie bedeutend weiter entfernt, als es das Regime der rauhesten Perioden des Kriegskommunismus war.“

Zur Erläuterung dieser Auszüge muß bemerkt werden, daß dem 12. Kongreß der 11. Kongreß (im Frühjahr 1922) und der 10. Kongreß (Frühjahr 1921) vorausgegangen sind, die unter der Leitung Lenins standen und in deren Resolutionen dasselbe Parteiregime festgelegt wurde, gegen das sowohl die Erklärung der 46 (Trotzkisten), wie auch die oben erwähnte Erklärung des Genossen Trotzki ankämpften.

kisten, die die „Erklärung der 46“ unterschrieben haben, den Kampf gegen das leninistische Regime in der Partei noch bei Lebzeiten Lenins geführt haben. Ich behaupte, daß Genosse Trotzki diesen Kampf gegen das leninistische Regime in der ganzen Zeit unterstützt hat, indem er die Opposition inspirierte und vorwärtstrieb. Ich behaupte, daß der jetzige Kampf Trotzki's gegen unser Parteiregime eine Fortsetzung jenes antileninistischen Kampfes ist, von dem ich hier soeben sprach.

Die Frage der illegalen parteifeindlichen Druckerei der Trotzki'sten. Der Genosse Trotzki hat seine geschriebene Rede so aufgebaut, daß er die illegale Druckerei nicht recht gestreift hat, offenbar aus der Erwägung, daß er nicht verpflichtet sei, solche „Kleinigkeiten“, wie es eine illegale parteifeindliche Druckerei ist, zu berühren. Es war nicht die Rede eines Angeklagten, sondern eine Deklaration der Opposition, die mit einer Anklage gegen die Komintern und die KPSU auftritt. Und doch ist es klar, daß die Frage der illegalen parteifeindlichen Druckerei Trotzki und seine Anhänger aus der Opposition vollends als Widersacher der Partei, als Spalter und Desorganisatoren der proletarischen Sache entlarvt. In Wirklichkeit ist Genosse Trotzki der Ansicht, daß die Opposition im Rechte sei, — deshalb habe sie auch das Recht, eigene illegale Druckereien zu schaffen. Außer der Gruppe Trotzki's gibt es aber in der KPSU auch noch andere oppositionelle Gruppen, die „Arbeiteropposition“, die Ssapronowisten usw. Jede dieser kleinen Gruppen dünkt sich im Rechte. Wenn man in den Fußtapfen Trotzki's wandelt, so muß man zulassen, daß eine jede dieser Gruppen das Recht hat, ihre illegale Druckerei einzurichten. Nehmen wir an, daß diese nun wirklich ihre illegalen Druckereien einrichten, die Partei aber keinen Kampf gegen dieses Uebel führte, — was würde da von der Partei bleiben? Und worauf würde es hinauslaufen, wenn man das Bestehen illegaler Druckereien aller möglichen Gruppen in der Partei zuließe? Dies würde gleichbedeutend mit dem Bestehen einiger Zentren in der Partei sein, die ihre „Programme“, ihre „Plattformen“, ihre „Linien“ besitzen. Was wird daher von der eisernen Disziplin unserer Partei bleiben, die Lenin als die Grundlage der Diktatur des Proletariats angesehen hat? Ist etwa eine solche Disziplin ohne ein einheitliches, ohne ein alleiniges leitendes Zentrum möglich? Begreift es etwa der Genosse Trotzki, in welchen Sumpf er hinabgleitet, wenn er das Recht der oppositionellen Gruppierungen auf Einrichtung illegaler parteifeindlicher Druckereien verteidigt?

Die Frage des Bonapartismus. In dieser Frage legt die Opposition vollkommene Ignoranz an den Tag. Indem er die ungeheure Mehrheit unserer Partei des Bonapartismus bezichtigt, offenbart Genosse Trotzki seine vollkommene Unwissenheit und Unfähigkeit, die Grundlagen des Bonapartismus zu begreifen. Was ist Bonapartismus? Bonapartismus ist der Versuch, einer Mehrheit den Willen einer Minderheit durch Gewalt aufzuzwingen. Bonapartismus ist die Machtergreifung in der Partei oder im Lande durch eine Minderheit gegen die Mehrheit im Wege der Gewalt. Wenn aber die Anhänger der Linie des ZK der KPSU die ungeheure Mehrheit sowohl in der Partei wie in den Sowjets bilden, wie kann man denn da die Dummheit aussprechen, daß die Mehrheit es angeblich versucht, sich selbst ihren eigenen Willen im Wege der Gewalt aufzuzwingen? Wo in der Geschichte ist es vorgekommen, daß eine Mehrheit sich selbst ihren eigenen Willen im

Wege der Gewalt aufgezwungen hätte; wer anders als Geistesgestörte könnte an die Möglichkeit einer so unmöglichen Sache glauben? Ist es etwa nicht Tatsache, daß die Anhänger der Linie des ZK der KPSU die ungeheure Mehrheit in der Partei wie im Lande bilden? Ist es etwa nicht Tatsache, daß die Opposition nur ein winziges Häuflein ist? Man kann sich vorstellen, daß die Mehrheit unserer Partei ihren Willen der Minderheit, d. h. der Opposition aufzwingt. Und das wäre im Parteeinne durchaus gerechtfertigt. Wie sollte man sich aber vorstellen, daß eine Mehrheit sich selbst ihren eigenen Willen aufzwingen könnte und dazu noch im Wege der Gewalt? Von was für einem Bonapartismus kann hier die Rede sein? Wäre es da nicht angebracht, zu behaupten, daß unter der Minderheit, d. h. unter der Opposition Tendenzen auftauchen können, ihren Willen der Mehrheit aufzuzwingen? Wenn solche Tendenzen auftauchen, so wäre es keineswegs verwunderlich, denn die Minderheit, d. h. die trotzkistische Opposition, besitzt jetzt außer der Vergewaltigung der Mehrheit keine andere Möglichkeit, um in den Besitz der Führung zu gelangen. Wenn man also schon über Bonapartismus spricht, so möge Genosse Trotzki den Kandidaten für einen Bonaparte in seiner Gruppe suchen.

E i n p a a r W o r t e ü b e r E n t a r t u n g u n d T h e r m i d o r i s m u s .
 Ich will mich hier nicht mit der Analyse jener dummen und bornierten Anschuldigungen der Entartung und des Thermidorismus beschäftigen, die von den Oppositionellen mitunter gegen die Partei vorgebracht werden. Ich werde es nicht tun, weil sie eine Analyse nicht wert sind. Ich möchte nur die Frage von einem rein praktischen Standpunkt behandeln. Wenn wir einen Augenblick lang zulassen, daß die trotzkistische Opposition eine wirklich revolutionäre Politik und keine sozialdemokratische Abweichung vertritt, — wie ist es dann zu erklären, daß alle entarteten und aus der Partei wie aus der Komintern hinausgejagten opportunistischen Elemente sich um die trotzkistische Opposition gruppieren, dort Obdach und Schutz finden? Womit ist es zu erklären, daß Ruth Fischer und Maslow, Scholem und Urbahns, die aus der Komintern und aus der KPD als Entartete und Renegatenelemente hinausgeworfen wurden, gerade von der trotzkistischen Opposition freudig aufgenommen werden und dort Schutz finden? Womit ist es zu erklären, daß solche opportunistischen und wirklich entarteten Leute wie Souvarine und Rosmer in Frankreich, Ossowski und Daschkowski in der USSR gerade bei der trotzkistischen Opposition Obdach finden? Kann man etwa jene Tatsache als Zufälligkeit bezeichnen, daß die Komintern und die KPSU diese entarteten und wirklich thermidorisch gestimmten Leute aus ihrer Mitte ausschließen, Trotzki und Sinowjew sie aber in ihre Arme nehmen, ihnen Obdach und Schutz gewähren? Sprechen nicht etwa diese Tatsachen dafür, daß die revolutionären Phrasen der trotzkistischen Opposition nur Phrasen bleiben und die Opposition in Wirklichkeit nur ein Sammelpunkt entarteter Elemente ist? Spricht dies alles nicht etwa dafür, daß die trotzkistische Opposition Nest und Brutstätte der Entartung und des Thermidorismus ist? Für jeden Fall gibt es bei uns, in der KPSU, eine einzige Gruppe, die um sich alle möglichen Elemente in der Art eines Maslow, einer Ruth Fischer, eines Souvarine und Ossowski sammelt. Diese Gruppe ist die Gruppe Trotzki's.

Genossen, dies ist nun im großen und ganzen die politische Physiognomie der Opposition.

Was ist nun hieraus zu folgern, werden Sie fragen. Da gibt es nur einen Schluß. Die Opposition hat sich soweit in Wirrnisse verstrickt, hat sich so geschickt in eine Sackgasse verrannt, daß sie keinen Ausweg findet, daß sie sich vor die Wahl gestellt sieht: Entweder Komintern und KPSU — oder Maslow, Ruth Fischer und die Renegaten in der illegalen parteifeindlichen Druckerei. Man kann nicht ewig zwischen diesen beiden Lagern hin und her pendeln. Es ist Zeit, daß die Wahl getroffen wird. Entweder mit der Komintern und der KPSU und dann — Kampf gegen Maslow-Ruth Fischer, gegen alle möglichen Renegaten; oder gegen die KPSU, gegen die Komintern — und dann bitte schön, hinab zur Gruppe Maslow und Ruth Fischer, zu allen Renegaten und zu allen Entarteten, zu allen möglichen Schtscherbakows und anderem Pack. (Beifall.)

NACH EDINBURGH — BLACKPOOL

Der neue Vorsitzende des Generalrates der englischen Gewerkschaften hat in voller Uebereinstimmung mit den Resolutionen des Edinburger Kongresses der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß England während seiner Leitung von jenen Aufregungen verschont bleiben werde, von denen die Tätigkeit seiner Vorgänger begleitet war. Vertieft man sich in die Deklaration des neuen „Führers“ der englischen Gewerkschaften, so erinnert man sich unwillkürlich jener Rede, die Stanley Baldwin gleich nach seinem, mit Hilfe des berüchtigten Sinowjew-Briefes in der Wahlkampagne 1924 davongetragenen Siege gehalten hat: „Der Friede in unserer Zeit.“

Das war das Leitmotiv der Rede des Hauptes der konservativen Regierung in jenem Augenblick, als die Diehards ihren Feldzug gegen die englischen Arbeiter, gegen China, gegen die UdSSR begannen. Nach drei Jahren erbittertster Klassenkämpfe wiederholt der „Friedensstifter“ Ben Turner, um seine vollkommene Ergebenheit für den Grubenbesitzer Baldwin kundzutun, dessen heuchlerische Reden von „Friede und Ruhe“.

„Industrieller Friede“ — das ist die Hauptlosung aller Reformisten, die Hand in Hand mit den Konservativen Dithyramben der „heiligen Eini-gung“ der ganzen Nation und der Arbeitsgemeinschaft der Klassen singen. Vom industriellen Frieden sprach der „linke“ George Hicks als Vorsitzender in seiner Rede auf dem Edinburger Kongreß. Mit noch größerem Rechte kann über industriellen Frieden Ben Turner sprechen, der nach dem kompetenten Zeugnis der reaktionären Zeitung „Morning Post“; vierzig Jahre lang als Leiter einer Gewerkschaft in der Textil-Industrie über den Frieden zu wachen vermocht hatte. Ueber denselben industriellen Frieden sprachen auch in Blackpool einerseits Ramsay Macdonald und Herbert Smith andererseits.

Der Sinn dieser Losung wird uns klar und verständlich, wenn wir die Lage in der englischen Industrie betrachten. Seit der Niederlage der Bergarbeiter ist ungefähr ein Jahr vergangen. Die Leiter der englischen Banken prophezeiten der englischen Industrie eine Blüteperiode im Zusammenhang mit dem Abbau der Unkosten für die Gewinnung der Kohle, als Ergebnis der Verlängerung des Arbeitstages und der Herabsetzung des Arbeitslohnes im

Bergbau. Die verflossene Periode hat nun überzeugend dargetan, daß all diese vielversprechenden Perspektiven jeder Grundlage entbehrten. In der Kohlenindustrie reift ein neuer Konflikt heran, dessen Unvermeidlichkeit selbst die Grubenbesitzer anzuerkennen gezwungen sind. Gleichzeitig folgt der Krise in der Kohlenindustrie auch eine Krise in allen jenen Industriezweigen, die mit dem Außenmarkt in Zusammenhang stehen. Mit anderen Worten, wir beobachten in der englischen Oekonomie nach der beendeten Aussperrung der Bergarbeiter die gleichen Tendenzen, die wir vor dem Mai-Generalstreik beobachtet haben. Die wichtigsten Industriezweige vegetieren und das englische Kapital wendet sich entweder den Kolonien, den Halbkolonien oder den Luxusgegenstände erzeugenden Industriezweigen zu. Diese bevorzugte Orientierung des englischen Kapitalismus der Nachkriegs-epoche hat in der letzten Zeit keine Minderung, sondern umgekehrt eine Steigerung erfahren.

Die Verkümmern und die Rückständigkeit der englischen Industrie tritt um so schärfer und klarer hervor, als das sich stabilisierende Deutschland sich von seiner militärischen Niederlage zu erholen und als aktiver Faktor auf der wirtschaftlichen Weltarena aufzutreten beginnt.

Die herrschenden Klassen Englands versuchen, ihre Ohnmacht, den kapitalistischen Ländern mit höher entwickelter Technik zu folgen, durch eine Verbindung kriegerischer Abenteuer mit einem erbitterten Angriff auf die Positionen der englischen Proletarier wettzumachen. Der Sinn der Aussperrung der Bergarbeiter bestand ja eben darin, eine Reorganisation der Herabsetzung des Lebensstandards der Bergarbeiter zu erreichen.

Der Sieg über die Bergarbeiter hat den Appetit der Leiter der andern wichtigen Industriezweige Englands angeregt; sie versuchen jetzt die gleiche Politik gegenüber den Millionen englischer Proletarier anzuwenden. Inzwischen bereiten sich auch die Bergherren, die das Ergebnis des vorjährigen Sieges über die Bergarbeiter zu nützen verstanden hatten, darauf vor, einen neuen Schritt in der gleichen Richtung zu tun, um eine weitere Herabsetzung des Arbeitslohnes der englischen Bergarbeiter zu erreichen.

Der Hauptzweck der Losung „industrieller Friede“ besteht eben darin, die „normale“ und schmerzlose Durchführung des Programms der englischen Kapitalisten zu sichern und zu verhindern, daß die Verschlechterung der Lage der englischen Proletarier von Klassenkämpfen begleitet werde.

Die Losung „industrieller Friede“ ist für die Reformisten auch noch aus einem anderen Grunde von Reiz. Die Macdonald und Hicks versuchen, den Zusammenbruch des Generalstreiks und die Niederlage der Bergarbeiter als Beweis der Ohnmacht des Streiks als Mittel des Klassenkampfes hinzustellen. Dem Streik wird der politische Kampf gegenübergestellt, worunter der parlamentarische Wahlkampf verstanden wird. Die Labour Party ebenso wie die Gewerkschaftsführer begleiten und ergänzen die Losung des „industriellen Friedens“ durch die Losung des Wahlkampfes im Namen der Schaffung einer neuen Arbeiterregierung.

Im Zeichen dieses Programms — fort mit den Streiks, es lebe die Regierung Macdonald — ging der Edinburger Gewerkschaftskongreß vor sich, dessen Beschlüsse als vollkommener Triumph Ramsay Macdonalds angesprochen werden können. Dem Kongreß der Labour Party in Blackpool war nur

übrig geblieben, das zu vollenden und zu befestigen, was in Edinburgh erreicht worden war.

Während des Bestehens der ersten „Arbeiterregierung“ konnte man das Entstehen eines merklichen Risses zwischen der Gewerkschaftsbewegung einerseits und der Labour Party andererseits beobachten. Mit besonderer Deutlichkeit trat dieser Riß in den ersten Monaten des Bestehens der konservativen Regierung hervor, gleich nachdem Baldwin das Programm der Herabsetzung der Löhne der englischen Arbeiter zu verwirklichen begonnen hatte. Die Gewerkschaftsführer taten alles Erdenkliche, um keine aktive Teilnahme der Labour Party an der Organisierung des Widerstandes gegen den ersten Angriff der Regierung Baldwins zuzulassen. Unter diesem Gesichtspunkte sind die dem sogenannten „roten Freitag“ unmittelbar vorausgehenden Wochen von besonderem Interesse. Im Juni und Juli 1925 bereitete sich die Gewerkschaftsbewegung ernsthaft darauf vor, die Aussperrung der Bergarbeiter nicht nur mit dem Streik der Bergarbeiter, sondern auch mit dem aller Transportarbeiter zu beantworten. Die Führer der englischen Labour Party, einschließlich des Expremiers, machten wahrhaft heroische Anstrengungen, um sich in der einen oder anderen Form an diese Bewegung heranzuschmieren. Die Gewerkschaften hielten sie sich jedoch vom Halse und die Bewegung blieb bis zur letzten Stunde, d. h. bis zu jenem Augenblick, wo die Regierung Baldwin den Rückzug antrat, in den Händen der Gewerkschaftsführer.

Noch schärfer trat dieser Riß Ende 1925 hervor. Der Gewerkschaftskongreß in Scarborough verlief unmittelbar im Zeichen des Sieges des „roten Freitag“. Viele der durch diesen Kongreß angenommenen Resolutionen waren nicht nur gegen die englischen Imperialisten, sondern auch gegen deren Lakaien gerichtet. Wir brauchten da beispielsweise nur auf die Resolutionen über den Imperialismus, über China usw. hinzuweisen. Der auf den Gewerkschaftskongreß in Scarborough folgende Kongreß der Labour Party in Liverpool stach vom Kongreß in Scarborough in krasser Weise ab. Macdonald und seine Handlanger legten es darauf an, durch die Resolutionen des Liverpools Kongresses den Eindruck aufzuheben, den die Arbeitermassen von den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses in Scarborough empfangen hatten.

Man hätte meinen sollen, unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Notwendigkeiten würde der Riß zwischen den Gewerkschaften und der Labour Party sich immer mehr erweitern. Die auf diese beiden Kongresse folgenden Ereignisse haben jedoch eine ganz andere Kräftegruppierung in der englischen Arbeiterbewegung geschaffen. Im Jahre 1925 endete der Kampf gegen die Herabsetzung des Arbeitslohnes mit einem Kompromiß. Die Regierung Baldwins ließ es nicht zu einem offenen Zusammenstoß kommen, da sie der Meinung war, daß die regierenden Klassen noch nicht genügend organisiert waren, um den englischen Proletariern entscheidende, siegbringende Kämpfe zu liefern. Anders ließen sich die Dinge im Jahre 1926 an. Die herrschenden Klassen hatten unter Führung der konservativen Regierung die Atempause auszunützen vermocht, um sich für den Kampf vorzubereiten. Die Reformisten erwiesen sich andererseits als genügend stark, um die Arbeiter daran zu hindern, sich ebenfalls für die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten.

Die Mai-Ereignisse des Jahres 1926 unterscheiden sich denn auch von den Juni-Ereignissen des Jahres 1925 dadurch, daß im Mai der Klassenkampf eine reale Tatsache war und daß dieser Klassenkampf zu einem Prüfstein wurde, der die verschiedenen Gruppen in der Arbeiterbewegung Farbe bekennen ließ. Diese Prüfung zeigte den oberflächlichen Charakter der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führern der Gewerkschaftsbewegung und denen der Labour Party. Jene Schranke zwischen den beiden Führergruppen der organisierten englischen Arbeiterbewegung überragte eine andere, nämlich die Schranke, die sich zwischen den revolutionären Arbeitern einerseits und der gesamten Bürokratie der Gewerkschaften wie der Labour Party andererseits aufrichtete.

Der Generalstreik wird zum Ausgangspunkt einer Annäherung und Konsolidierung der ganzen Bürokratie der Arbeiterbewegung — zum Zwecke des Schutzes der Grundpfeiler des Kapitalismus und Imperialismus in England. Außerhalb dieser Konsolidierung verblieb formell nur ein gewisser Teil der Bürokratie, und zwar die Führer des Bergarbeiterverbandes. Aber bereits damals, d. h. während des Bergarbeiterstreiks, war es deutlich zu sehen, daß die Führer der Bergarbeiter in ihrer Hauptmasse Fleisch vom Fleische der übrigen Gewerkschaftsbürokratie waren. Die Beamten des Bergarbeiterverbandes bleiben gegen den Willen des Generalrates bei den Bergarbeitern während des Streiks nicht deshalb, weil sie wirklich den Sieg der Bergarbeiter sichern wollten, sondern weil sie sich, bei den Bergarbeitern, die leitenden Positionen in dieser wichtigsten Gewerkschaft zu erhalten trachteten. Bereits im letzten Monat des Bergarbeiterstreiks warfen die Leiter der Bergarbeiterförderungen ihre Masken ab und begannen in Gemeinschaft mit dem Generalrat zu arbeiten, um den heroischen Kampf der Bergarbeiter möglichst schnell zu liquidieren.

Der Zusammenschluß der gesamten Gewerkschaftsbürokratie, die in den Maitagen 1926 einsetzte, begann sich in rasendem Tempo zu entwickeln, nachdem die Bergarbeiter unter den ihnen von den Grubenherren und der Regierung Baldwin diktierten Bedingungen zur Arbeit zurückgekehrt waren. Diese Konsolidierung erhält auf den Kongressen in Edinburgh und in Blackpool ihre endgültige Ausgestaltung.

Es ist nun selbstverständlich, daß Macdonald und seine Helfershelfer alle politischen Schlußfolgerungen aus dem von ihnen in Edinburgh davongetragenen Siege zu ziehen vermochten. Auch in Blackpool fuhren sie fort, hartnäckig daran zu arbeiten, zwischen den Gewerkschaftsführern und den Führern der Labour Party auch nicht die geringste Abkühlung eintreten zu lassen. Artur Henderson machte Herbert Smith eine „Konzession“ und brachte in die Resolution anläßlich des Austritts des Verbandes Havelock Wilsons aus der Labour Party einige Veränderungen hinein. Macdonald und Herbert Smith arbeiteten gemeinschaftlich eine spezielle Resolution aus, die den Bergarbeitern jede Hilfe versprach. Diese Zugeständnisse waren jedoch nur die Einleitung dazu, um die Gewerkschaften endgültig vor den Wagen der Labour Party zu spannen, und es zu erreichen, daß diese freiwillig ihre Mitgliedsbeiträge zur Bestreitung der Parlaments-Ausgaben der Labour Party zahlten und ihren ganzen Einfluß dazu benutzten, um der Labour Party eine Mehrheit im Parlament zu sichern.

Der Kongreß in Blackpool beschränkte sich jedoch nicht allein auf organi-

satorische Maßnahmen. Macdonald und Henderson waren sich sehr wohl der Tatsache bewußt, daß sie in den Nachkriegsjahren unter dem Druck der Arbeitermassen gezwungen waren, von Zeit zu Zeit die einen oder anderen radikalen Resolutionen anzunehmen, an die die englischen Arbeiter, deren Klasseninstinkt „in Sachen der praktischen Politik“ — für Snowden — „nur holde Unschuld“ ist, den Expremier und die anderen Exmitglieder des Kabinetts Seiner Majestät ganz unangebracht erinnern. Das war eben auch der Grund, weshalb der Vollzugsausschuß der Labour Party unter Führung Ramsay Macdonalds dem Blackpooler Kongreß vorschlug, all diese zahlreichen Resolutionen ein für allemal zu begraben und ein reales und praktisches „Programm einer Gesetzgebung und administrativer Maßnahmen einer Arbeiterregierung“ zu entwerfen.

Dieses Programm ist bisher nicht aufgestellt worden. Die Ausarbeitung desselben wurde dem Vollzugsausschuß der Labour Party aufgetragen. Macdonald begreift es sehr wohl, daß man, bevor „der Sozialismus“ endgültig zu Grabe getragen wird, die Geister für diese „Reform“ ein wenig vorbereiten muß. Der Vollzugsausschuß hat bereits auf dieser Konferenz eine Reihe von Resolutionen durchgebracht, wie z. B. die Resolution über die Arbeitslosigkeit, über die Einkommensteuer, über das Schulwesen, über das Oberhaus usw., die Muster des zukünftigen Programms sind. In diesem Programm findet der Leser auch nicht einmal einen Hinweis auf all die halbsozialistischen Resolutionen, die von Zeit zu Zeit von den vorangegangenen Kongressen der Labour Party angenommen wurden. Wir haben deshalb das Recht, zu behaupten, daß die Labour Party gerade in Blackpool sich endgültig zu einer offenkundigen bürgerlichen politischen Partei ausgestaltet hat, die sich vom Sozialismus lossagt und den britischen Imperialismus offen verteidigt.

Das ist das Hauptergebnis des Blackpooler Kongresses.

Er verlief jedoch nicht nur im Zeichen des offenen Kampfes gegen den Sozialismus und gegen die Kommunistische Partei, er äußerte auch seine besondere Feindseligkeit gegenüber den linken Schwätzern aus der Unabhängigen Arbeiterpartei. (ILP.)

Mit dieser linken Opposition des Blackpooler Kongresses müssen wir uns unbedingt ein wenig näher beschäftigen.

Bei sorgfältiger Betrachtung der Tagesordnung des Blackpooler Kongresses bemerken wir, daß die Unabhängige Arbeiterpartei in einer ganzen Reihe von Fragen „radikale Resolutionen“ eingebracht hat. Die wichtigsten Resolutionen der Unabhängigen Arbeiterpartei sind die Resolutionen über ein Lohnminimum, die Brailsford, Brockway und Maxton als „direkten Uebergang zum Sozialismus in unseren Tagen“ ansehen, und die Resolution über die Vereinigung der beiden Internationalen. Der demagogische Charakter der Losung des Lohnminimums als eines eigenartigen Universalmittels gegen die kapitalistische Ausbeutung wurde vor der Arbeiterklasse Englands schon während des Bergarbeiterstreiks entlarvt, als die tapferen Unabhängigen, anstatt den Bergarbeitern in ihrem Kampfe gegen die Herabsetzung des b e t t e l h a f t e n Arbeitslohnes zu helfen, es vorzogen, sich mit einer abstrakten Agitation für ein Lohnminimum abzugeben, das in einer Kommission von gelehrten Sachverständigen festgesetzt werden sollte. Es lohnte sich auch nicht, sich mit der Losung der Vereinigung der beiden Internatio-

nalen zu beschäftigen, von denen die eine (die zweite Internationale) nach der Formel Lenins — „eine Organisation von Agenten des internationalen Imperialismus ist, die innerhalb der Arbeiterbewegung wirken“, während die andere (die Komintern) einen heldenhaften Kampf gegen den Imperialismus und all seine Lakaien führt —, wenn die Unabhängigen es nicht versuchten, mit Hilfe dieser Losung in der Rolle von Freunden einer wirklichen Einheit der Arbeiterbewegung der gesamten Welt zu posieren.

Diese Losung hat ihre Geschichte. Gleich nach der Bildung der Komintern beeilte sich Ramsay Macdonald, der Welt mitzuteilen, daß „diese Tatsache (die Entstehung der Komintern) ihn sehr betrübt habe“. Er beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Mitteilung von seiner Betrübnis, sondern stellte auch den Plan einer einheitlichen Internationale auf, die „allen Arten des sozialistischen Gedankens gleich offenstehen sollte“. Die oben erwähnte Leninsche Bestimmung des Wesens der II. Internationale („Organisation von Agenten des internationalen Imperialismus“), entnahmen wir der Erwiderung Lenins auf den Vorschlag Macdonalds von einer allumfassenden Internationale. Man kann beiläufig hier auch eine andere Stelle aus der Antwort Lenins hersetzen, welche lautet: „Der verstorbene Harry Quelch wurde im Jahre 1907 von der deutschen Regierung aus Stuttgart ausgewiesen, weil er die Konferenz der europäischen Diplomaten als eine Versammlung von „Dieben“ bezeichnete. Die Führer der Berner Internationale — sind nicht nur eine Versammlung von Dieben, sie sind eine Versammlung von gemeinen Mördern.“

Diese Antwort Lenins hinderte jedoch die Diplomaten der Unabhängigen Arbeiterpartei nicht, sich an die Komintern mit einem Schreiben zu wenden, das zwölf Fragen enthielt. Der Sinn dieser Fragen lief darauf hinaus, ob die Unabhängige Arbeiterpartei sich nicht etwa der Komintern anschließen, dabei aber den Bürgerkrieg, die Diktatur des Proletariats, die Anerkennung der Sowjetmacht usw. ablehnen könnte. Die Komintern gab auf all diese Fragen eine erschöpfende Antwort und betonte, daß sie nicht die Absicht habe, denen entgegenzukommen, die es versuchen, „für ihre opportunistischen Machenschaften einen Freibrief“ von der Kommunistischen Internationale zu erhalten. Die Komintern fügte noch hinzu, daß die Arbeiter Englands „sich nicht auf einen leichten Parlamentskampf, sondern auf den Sieg in einem schweren Bürgerkriege vorbereiten müßten“. Damit hörte der Schriftwechsel um jene Zeit auf.

Im Jahre 1925, nach der Verhaftung der Führer der Kommunistischen Partei Englands, beschloß Brockway, daß der Moment gekommen sei, um nochmals — dieses Mal in vorsichtigerer Form — zu versuchen, die Vereinigung mit der Komintern auf die Tagesordnung zu bringen. Ihre Agitation für eine Vereinigung der II. Internationale mit der Komintern betreiben Brockway und seine Helfershelfer auf den Konferenzen der II. Internationale und ebenso jetzt auf der Konferenz der Labour Party in Blackpool. Diese ihre Agitation für die Vereinigung der beiden Internationalen ergänzen sie durch den Kampf gegen die Kommunistische Partei in England und die erbittertsten Ausfälle gegen die Komintern, indem sie sich hierfür der Dienste des deutschen Renegaten Rosenberg bedienen. (S. „New Leader“ vom 23. September 1927.)

Für dieses schlaue Doppelspiel wurden die Unabhängigen auf dem Black-

pooler Kongreß bitter gestraft. Macdonald und Bevine, Henderson und Thomas behandelten sie „en canaille“, indem sie ihnen erklärten, daß kein Bedürfnis an linken Phrasen mehr vorliege, daß in der Situation des klaren und angespannten Kampfes zwischen den Prinzipien des Sozialimperialismus und den Prinzipien des revolutionären Klassenkampfes für schwärmende Schwätzer und schlaue Lügner kein Raum mehr sei.

Und die Kommunistische Partei? Sie wurde auf diesem Kongreß durch eine kleine Fraktion vertreten. Der vereinigten Reaktion der Gewerkschaftsbürokraten und der Beamten der Labour Party war es gelungen, die Zahl der kommunistischen Delegierten für diesen Kongreß herabzusetzen. Ist etwa aber der Einfluß der Kommunistischen Partei zurückgegangen? Die Wahlen in den einzelnen Gewerkschaften, der Kampf bei der Wahl der Parlamentskandidaten und endlich selbst die dem Kongreß vorgeschlagene Tagesordnung, die die kapitalistische Presse in Betrübnis versetzte, sind ein überzeugender Beweis dafür, daß in gleichem Maße, wie die Labour Party im Bündnis mit den Gewerkschaftsbürokraten sich als offenkundig bürgerliche imperialistische Partei konsolidiert, die besten Elemente der englischen Arbeiter sich um die Kommunistische Partei Englands gruppieren, um die einzige Partei, die den Klassenkampf des englischen Proletariats leitet.

PETER RODIN-BERLIN:

PROBLEME DER PERMANENTEN ARBEITSLOSIGKEIT IN DEUTSCHLAND

Es muß ständig darauf hingewiesen werden, daß eine Behandlung des Erwerbslosenproblems völlig losgelöst von der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und von der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt niemals zur richtigen Beurteilung dieser Probleme und zur fruchtbringenden Feststellung der Perspektiven und der Aufgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit führen kann. Die Arbeitslosigkeit ist gerade eine sehr bedeutende Erscheinung im Kapitalismus und stellt besonders in der Nachkriegsperiode fast in allen europäischen Ländern ein nicht von der Tagesordnung weichendes Symptom für den Niedergang des europäischen Kapitalismus dar. Sie ist das markanteste Merkmal für das Versagen der Versuche, die auf eine absolute Stabilisierung des Kapitalismus ausgehen.

Ebenso wie sich die Tendenzen des europäischen Kapitalismus, besonders in seiner Entwicklung nach dem Kriege, entscheidend verändert haben, ist der Charakter der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit wesentlich anders als die industrielle „Reservearmee“ in den Vorkriegsjahren. Die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege trägt nicht die besonderen Merkmale wie in der Zeit des industriellen Aufschwungs in Europa. Früher setzte sich das Arbeitslosenheer, das als eine Begleiterscheinung „des zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation“*,

* Marx, Kapital I, Seite 597 (Hamburger Ausgabe).

auftrat, vorwiegend aus den vom Lande nach den Industriestädten abwandernden Elementen zusammen. Diese Arbeitslosigkeit war unbedingt notwendig für die Entwicklung der kapitalistischen Produktion und bildete eine der Voraussetzungen zur Sicherung des kapitalistischen Profits.

„Der kapitalistischen Produktion genügt keineswegs das Quantum disponibler Arbeitskraft, welches der natürliche Zuwachs der Bevölkerung liefert. Sie bedarf zu ihrem freien Spiel einer von dieser Naturschranke unabhängigen industriellen Reservearmee . . . Wenn aber die Surplusarbeiterpopulation notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage ist, wird diese Ueberbevölkerung umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise.“*

So charakterisierte Marx die industrielle Reservearmee als „absolutes, allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“.** Nach jeder Krise ging ständig die Zahl der Arbeitslosen erheblich zurück. Sie war oft kleiner, als in der der Krise vorangegangenen Periode. Ein Ansteigen der Produktion brachte fast immer einen Rückgang der industriellen Reservearmee mit sich.

So war es früher. Die gewaltige Umwälzung nach dem Weltkriege riß den Kapitalismus aus seinem „normalen“ Lauf heraus. Es entstand in fast allen europäischen Ländern eine „Reservearmee“, die sich schon allein durch „äußere“ Züge, wie Zahl und Dauer, von der erwähnten, vor dem Kriege aufgetretenen, unterscheidet.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach dem Kriege bis zur Hochkonjunktur 1927

Im Unterschied zu England und anderen europäischen Ländern hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland seit 1919 häufig und sogar bedeutend geändert. Im Laufe der neun Nachkriegsjahre hat die Arbeitslosigkeit nicht weniger als dreimal einen gewaltigen Anstieg erfahren, während in den Zwischenzeiten oft eine relativ große Nachfrage nach Arbeitskräften aufzuweisen war. Für die Beurteilung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit sind wir auf verschiedene, nicht exakte, amtliche Beobachtungen und Enqueten angewiesen. Aus der Reihe lückenhafter Statistiken der Krankenkassen und Gewerkschaften, der Hauptunterstützungsempfänger, der Notstandsarbeiter, der Krisenunterstützten usw. erscheinen uns noch die vom Reichsarbeitsministerium veröffentlichten Berichte der Arbeitsnachweise über die verfügbaren Arbeitssuchenden am wertvollsten.

Arbeitsgesuche von 1919 bis 1926 im Durchschnitt***

Jahr	In Tausend
1919	1000
1920	300
1921	150
1922	12
1923 (Anfang)	85
1923 (Ende)	1500
1924 (Anfang)	1540

* Marx, Kapital I, Seite 599—600, 596—597.

** Marx, Kapital I, Seite 609.

*** Die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen liegen viel höher. Genauere Angaben sind nicht vorhanden. Die Tabelle ist auf Grund der Angaben des „Reichsarbeitsblatts“ zusammengestellt.

1924 (Ende)	458
1925 (Mitte)	198
1925 (Oktober)	553
1925 (Dezember)	1408
1926 (Januar)	2156
1926 (Mitte)	2260
1926 (September)	1975
1926 (Oktober)	1829
1926 (Dezember)	2390

Man sieht hieraus:

a) zwischen der ersten und zweiten Erwerbslosenflut (1919 bis 1923) liegen vier Jahre; zwischen der zweiten und dritten (1924 bis 1925) nur kaum anderthalb Jahre.

b) die zweite Erwerbslosenflut hat ein größeres Maß angenommen als die erste; die dritte jedoch ist über die vorhergehende, die zweite, hinausgegangen.

Hieraus folgt, daß die Perioden des Rückganges der Erwerbslosigkeit enger werden, die deutsche Arbeitslosigkeit seit dem Kriege immer größer geworden ist und selbst der heutige Stand, der im Vergleich zum Vorjahr sehr niedrig ist, ein in der Vorkriegszeit ungekanntes Maß erreicht. Die Ursachen für die früher (1920 bis 1922; 1924 bis 1925) möglich gewesenen Rückwärtsbewegungen der Arbeitslosigkeit sind in der durch Inflation, Dawes-Plan usw. eingetretenen einstweiligen Belebung der deutschen Industrie zu finden. Ueber die Ursachen des gegenwärtigen Rückganges soll noch gesprochen werden.

Die Ursachen der permanenten Arbeitslosigkeit in Deutschland

Vor der Beurteilung der Frage, ob die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in Deutschland eine kurzfristige oder chronische, dauernde Erscheinung ist, müssen die Ursachen der Arbeitslosigkeit nach dem Kriege überhaupt dargelegt werden, was hier nur kurz erfolgen kann. Als Ursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit betrachten wir folgendes:

I. Vor dem Kriege hatte Deutschland trotz passiver Handelsbilanz eine aktive Zahlungsbilanz aufzuweisen, was ein regelmäßiger Geldzufluß bewies. Deutsche Unternehmer ließen ihre Kapitalanlagen in Industrien, Gruben, Bahnen usw. in Rußland, Südafrika, Amerika, Türkei und anderen Ländern der Welt arbeiten. Nach dem Kriege wurde Deutschland vom aufsteigenden Gläubigerland zum Schuldner der angelsächsischen Börsen. Eine gewaltige Einengung des deutschen Absatzes auf dem Weltmarkte, bewirkt einerseits durch die Belastung der deutschen Industrie und andererseits, was noch bedeutender ist, durch die Entwicklung der Industrialisierung solcher Länder, die früher deutsche Absatzgebiete waren, zwingt das deutsche Kapital zur Einengung der industriellen Produktion. Die letzte Erscheinung ist überhaupt die grundlegendste für die Verschiebung der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft in ganz Europa.

II. Das Hochschrauben der Profite auf Kosten der Löhne und der Arbeitsbedingungen verringern den Konsum der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Schichten. Dieser Rückgang des Konsums führt ebenfalls zu einer

Einschnürung der Produktion. Aus dem verengten Absatz wiederum wird versucht, die höchsten Profite zu erzielen.

III. Das Verschwinden der Rentnerschicht, die früher einen besonders hohen Konsum aufwies, hat ebenfalls eine Einengung des Inlandsabsatzes zur Folge.

IV. Eine gesteigerte Intensivierung der Arbeitskraft, sowie eine Erhöhung der Arbeitszeit und die Mechanisierung führen zur Erlangung der notwendigen Produktionsmenge mit einer äußerst geringen Anzahl von Arbeitskräften („Rationalisierung“).

V. Nach dem Kriege ist in Deutschland eine starke Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. Die Zunahme beträgt gegen 1907 nach der Berufszählung vom Juni 1925 ungefähr 7,5 Millionen. Bezeichnend an der Bewegung der Bevölkerung ist, daß die „Erwerbsfähigen“ (hierzu zählt die bürgerliche Statistik alle im Alter von 15 bis 65 Jahren Stehenden) im Vergleich zu 1907 um rund 8,9 Millionen oder 64 Prozent zugenommen haben. Auf Grund des Altersaufbaues, der als wichtigster Faktor für die Zahl der Erwerbstätigen angesehen werden muß, ergeben sich unter der Annahme, daß der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren, sich zwischen 1907 und 1914 nicht erheblich verändert hat, die folgenden Zahlen für die Zunahme der E r w e r b s t ä t i g e n :

	1904 bis 1914	1914 bis 1925	zus. 1907 bis 1925
Männer	1 970 000	1 906 000	3 876 000
Frauen	1 030 000	1 947 000	2 977 000
Zusammen	3 000 000	3 853 000	6 853 000*

Die bürgerliche Statistik zeigt, daß sich das Quantum der Arbeitskräfte besonders darum vergrößert hat, weil breite Schichten des Kleinbürgertums durch die Inflation u. a. ins proletarische Lager gedrängt wurden; ferner durch Frauen, die während des Krieges in den Produktionsprozeß eingereicht wurden. Diese Ursachen vergrößern nur die Arbeitslosigkeit. Sie sind aber nicht die alleinigen Gründe für das Vorhandensein einer Erwerbslosenarmee. Diese Ursachen, besonders die Bevölkerungszunahme als solche hinzustellen, ist oft versucht worden, was aber eine reine Auffrischung Malthus'scher „Theorien“ darstellt.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Hochkonjunktur

Im Frühjahr 1927 ist in der progressiven Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die gegen Mitte 1927 einsetzte, ein Umschwung eingetreten. Der Rückgang, der bis zur Stunde anhält, ist sehr stark und offensichtlich.

Die amtlichen Zahlen weisen für 1927 folgende Ergebnisse auf:

	Hauptunterstützungsempfänger	Krisenfürsorge
1. Januar	1 827 200	138 164
1. März	1 695 515	223 357
1. Mai	870 378	208 619
1. Juli	540 763	181 375
1. August	452 765	172 000
15. August	420 364	156 473
1. September	ca. 404 000	?

* „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 10, 1927, Seite 448.

Der Rückgang ist, wie die Tabelle zeigt, rapid und bedeutungsvoll. Bevor wir jedoch näher auf die Bedeutung dieses Rückganges eingehen, sei annähernd — soweit möglich — der ungefähre Stand der Arbeitslosigkeit festgestellt. Es ist klar, daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger, selbst einschließlich derjenigen, die der Krisenfürsorge zugeführt sind, noch nicht den wirklichen Umfang der Erwerbslosigkeit angeben. So berichtet das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz folgendes Beispiel:

„In dem halben Jahr von Mitte Februar bis Mitte August ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Rheinprovinz von 210 000 auf rund ein Drittel dieser Zahl gefallen. Von den rund 140 000 Personen, um die die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in den sechs Monaten zurückgegangen ist, sind 59 000, das sind 42 Prozent, wegen Ueberschreitung der Höchstdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden worden. Die Verminderung der Erwerbslosenzahlen durch die Besserung der Wirtschaft ist also nicht so groß, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Die Verminderung der Erwerbslosenzahlen geht nur zu rund 60 Prozent auf das Konto der besseren Konjunktur. Beachtenswert ist, daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge im gleichen Zeitraum nur um rund 28 Prozent, also bedeutend langsamer zurückgegangen ist.“

Dies sind Angaben, die Beachtung verdienen, wenn man die Verhältnisse des Arbeitsmarktes in Deutschland untersuchen will.

Wir ziehen es daher vor, wiederum die Angaben über die verfügbaren Arbeitssuchenden als eher der Wirklichkeit entsprechend, zu verwenden, zumal sie Anhaltspunkte für die Untersuchung der Frage, auf welche Industriegruppen sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit erstreckt, liefern.

Verfügbare Arbeitssuchende
In 1000 am Monatsende (Auswahl)

	Jan.	Febr.	März	April	17. Mai	Juni	Juli	August
Landwirtschaft ¹	77	73	47	35	26	20	16	13
Steine und Erden ²	56	51	34	23	18	12	8	14
Metallverarbeitung ³	384	362	297	253	224	182	135	124
Spinnstoffgewerbe	46	38	29	24	20	15	11	10
Holzindustrie	103	98	79	67	60	48	38	36
Nahrungsmittelgewerbe	64	62	59	59	52	44	36	33
Bekleidung	114	101	71	58	52	50	50	50
Baugewerbe ⁴	251	241	117	66	44	25	15	15
Gast-, Schankwirte	40	41	41	35	31	25	21	25
Verkehr	107	102	88	82	73	64	58	54
Lohnarbeit wechselnder Art ⁵	803	785	616	528	463	395	321	297
Kaufmännische Angestellte	191	185	179	170	120	112	142	99
Sämtliche Gewerbe	2535	2427	1919	1641	1383	1178	1036	913

¹ Einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei. — ² Darunter insbesondere Steinhauer, Steinmetzen. — ³ und Maschinen. — ⁴ und Hilfspfleger (Maler usw.). — ⁵ Ungelernte und Bauhilfsarbeiter.

Zählt man noch die mehrere zehntausend umfassende Schicht von Erwerbslosen, die nicht mehr zur Stellenvermittlung gehen, und einige Arbeitsnachweise, die nicht berichtet haben, hinzu, so kann an Hand dieser Tabelle bewiesen werden, daß auch gegenwärtig in der Hochkonjunktur in Deutschland, ein Heer von rund 1 Million Arbeitslose zu verzeichnen ist.*

* Die Angaben des Genossen Varga im Heft 35 unserer Zeitschrift in seinem Artikel über die Hochkonjunktur in Deutschland („zusammen noch immer rund ¼ Millionen!“) stützt sich nur auf die Unterstützten (plus 10 Prozent der „Abgelehnten“) und ist, wie der angeführte Bericht aus der Rheinprovinz beweist, unbedingt falsch. P. R.

Es wäre auch unbedingt interessant, einen Einblick auf die Verteilung dieser Arbeitsuchenden nach Berufsgruppen zu werfen. Nur werden wir der Kürze halber die wichtigsten diesbezüglichen Feststellungen als Beweise für unsere nähere Analyse des heutigen Rückganges der Erwerbslosigkeit folgen lassen. Im übrigen empfehlen wir eine genaue Durchsicht der letztgebrachten Tabelle.

Die Hochkonjunktur als Ursache des Rückganges der Erwerbslosigkeit im letzten Jahre

Deutschland hat gegenwärtig eine Hochkonjunktur aufzuweisen.* Wenn man die wirtschaftliche Entwicklung der letzten acht Monate in Deutschland betrachtet, so muß als wichtigstes eine **Belebung**, die sich in manchen Industrien sogar sehr stark zeigte, festgestellt werden. Wenn auch die **Kohlenindustrie**, besonders seit März 1927, einen fortgesetzten Rückgang ihrer Produktion infolge Absatzverringering aufweist, da die während des englischen Bergarbeiterkampfes gemachten langfristigen Lieferabschlüsse zu Ende gingen, so ist die Lage in der **Eisen- und Stahlindustrie** wesentlich besser. Die Steigerung der Produktion von Stahl und Eisen nimmt dauernd größere Formen an. Im Juli 1927 betrug die Roheisen-erzeugung (arbeitstäglich) 147,7 Prozent der Produktion des Vorjahres und 108,5 Prozent von 1913; die Rohstahlerzeugung 139,5 Prozent vom Juli 1926 und 135,4 von 1913; die Walzwerkerzeugung 126,3 Prozent vom Juli 1926. Nach der Beurteilung des Instituts für Konjunkturforschung „dürften die Werke auf 12 bis 14 Wochen voll beschäftigt sein“.**

Die Rohstahlerzeugung betrug im Juli 1 301 785 Tonnen gegen 1 028 470 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1926. Im Jahre 1913 betrug die Erzeugung monatsdurchschnittlich 955 500 Tonnen. Die Produktion an Roheisen betrug im Juli (arbeitstäglich) 35 800 Tonnen, im selben Monat des Vorjahres 24 800 Tonnen. Diese bedeutende Steigerung der Eisen- und Stahlerzeugung wie auch die stark erholte Lage in der **Maschinenindustrie** beweisen eine Zunahme der Nachfrage nach Produktionsmitteln, was mit der Rationalisierung im Zusammenhang steht. Für die Maschinenbauindustrie liegt keine Statistik vor, jedoch zeigen die Berichte auch hier eine sehr günstige Konjunktur an. Die Betriebsanlagen werden im Durchschnitt zu etwa 70 Prozent ausgenützt. Das Institut für Konjunkturforschung schreibt:

„Damit hat der Beschäftigungsgrad des Maschinenbaus die Ziffern des allgemeinen Beschäftigungsgrades der deutschen Industrie zum großen Teil erreicht, nachdem er bis vor kurzem gegenüber der allgemeinen Beschäftigungsziffer noch erheblich zurückgeblieben war.“

Auch der Schiffbau verzeichnete einen Aufschwung, vor allem, wenn man in Betracht zieht, daß hier die Nachkriegsjahre sehr ungünstig wirkten. Der Auftragsbestand der deutschen Werften ist stark gestiegen. Von der Steigerung der Kaufkraft im Inlande zeugen die Rekordziffern der **Kaliproduktion**. In noch auffallenderem Maße hat sich in den letzten Monaten die **Textilindustrie** günstig entwickelt. Hier ist besonders

* Eine eingehende Analyse der Hochkonjunktur ist von mir beabsichtigt; sie befindet sich in Vorbereitung und soll in dieser Zeitschrift erscheinen.

** Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung, Heft II, 1927, Seite 42.

ein Facharbeitermangel zu verzeichnen. Die Bauindustrie weist ebenfalls bis auf einige Schwankungen in letzter Zeit eine gute Tätigkeit auf.

Es ist klar, daß diese fieberhafte Tätigkeit, die die meisten Industriegruppen erfaßt, ein starkes Ansteigen des Beschäftigungsgrades trotz der vorgenommenen und noch vor sich gehenden Rationalisierung zur Folge haben muß. Zweifelsohne haben in den ersten sechs Monaten der Konjunktur und die zum Teil restlichen Lieferungen des Kohlsyndikats, die während des englischen Streiks abgeschlossen wurden, eine nicht unwesentliche Rolle für die Besserung des Arbeitsmarktes gespielt. In den letzten Monaten liegen aber die Hauptantriebskräfte für den weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit besonders in der überaus günstigen industriellen Konjunktur. Hierin ist auch der Hauptgrund des Rückganges der Erwerbslosigkeit unter den Angestellten, der erst Mitte 1927 eintrat, zu finden.

Dauernder Rückgang der Erwerbslosigkeit oder voraussichtliche Steigerung?

Wir haben die wichtigsten Erscheinungen, die die Ursachen der deutschen Arbeitslosigkeit überhaupt und des gegenwärtigen Rückganges wiedergeben, aufgezeigt. Aus all dem ist klar, daß, solange das Hauptproblem des deutschen Kapitalismus, die Lösung der Absatzfrage nicht gelöst ist, an ein Verschwinden oder anhaltenden Rückgang der Erwerbslosigkeit nicht gedacht werden kann. Wohl ist, wie schon bewiesen, eine Hochkonjunktur in Deutschland zu verzeichnen. Aber es darf nicht übersehen werden, daß diese fast ausschließlich auf die gesteigerte Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes und keinesfalls auf ein Ansteigen des Exports zurückzuführen ist. Der Export hat sich im Vergleich zum Vorjahre sehr verringert und weist auf eine rückläufige Tendenz hin. Die Handelsbilanz ist mit ungefähr 4 Milliarden Mark passiv. Diese Tatsache läßt annehmen, daß die gegenwärtig verzeichnete Hochkonjunktur nicht von langer Dauer sein wird. (Der Beweisantritt hierfür sei mir in einem späteren Artikel vorbehalten.) Eine Verschlechterung der Konjunktur muß zweifelsohne zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führen. Selbst bei einem Stillstand der Rationalisierung (der bei einer neuen Krise gar nicht ausgeschlossen ist), muß ein Zurückgehen der Produktion, großes Ansteigen der Erwerbslosigkeit die unausbleibliche Folge sein. Die Rationalisierung kann nur den Grad des Beschäftigungsrückganges beeinflussen. Es soll nicht bestritten werden, daß eben infolge der Verstärkung der Positionen der deutschen Industrie ein rasches Wachsen des konstanten Kapitals und damit ein Zurückgehen des variablen Teils mit Erfolg zu verzeichnen ist, wofür besonders die chemische Industrie als vorbildlich angeführt werden kann. Von den Schwierigkeiten des deutschen Kapitalismus bei der Lösung der Absatzfrage hängt aber in erster Linie das Schicksal der künftigen Entwicklung der deutschen Arbeitslosigkeit ab.

An ein ernst zu nehmendes Verschwinden der Arbeitslosigkeit in Deutschland kann nach der Entwicklung des Nachkriegskapitalismus überhaupt nicht gedacht werden. Die Behauptung, Deutschland könnte für annähernd sämtliche Waren, die von den in Deutschland vorhandenen Arbeitskräften erzeugt werden können, Absatz finden, ist absurd. Der beste Beweis hierfür ist ja die gegenwärtige Hochkonjunktur mit einer Million Arbeitslosen.

Ein Zustand, wie er etwa im vorigen Jahre zu bemerken war, kann unter Umständen ebenfalls eintreten: eine weitere Steigerung der Profite des Kapitals durch verschärfte Ausbeutung, verbunden mit einem Rückgang der Produktion und damit mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit. Ein auf theoretisch-ökonomischem Gebiet nicht unwissender Industrieller, Robert Friedländer, schrieb im vorigen Jahre, als die Erwerbslosenziffer im Ansteigen begriffen war, in einer Broschüre „Chronische Arbeitslosigkeit“:

„Und wenn wir erst auch nur die wirtschaftliche Gleichgewichtslage der Friedenszeit erreichen, d. h. uns in Arbeitszeit, Arbeitsausnutzung, Verteilung zwischen Produktion, Hilfs-, Verkehrs- und Verwaltungsarbeit, Anteil des Exports an der Gesamtproduktion, den Optimalverhältnissen der Friedenswirtschaft nähern, so muß . . . dauernd ein Arbeitslosenheer von einigen Millionen Menschen bestehen bleiben . . . Die deutsche . . . Wirtschaft muß also mit einer chronischen Arbeitslosigkeit größten Umfanges für eine lange Zeitperiode rechnen“

Es mag also immerhin demnächst eine teilweise Rückbildung der Arbeitslosigkeit erfolgen. Aber je weiter die innere Gesundheit des Produktionsprozesses fortschreitet, desto mehr muß Arbeitslosigkeit offenbar werden. Um es paradox auszudrücken: Je besser es wird, desto schlechter wird es werden!“

Dieser Satz, klar ausgedrückt, lautet nicht anders als: Je mehr das Kapitalerstarkt, desto furchtbarer wird die Arbeitslosigkeit und die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse und umgekehrt. Um wieviel mehr wird der noch vor Frühjahr 1928 zu erwartende Umschwung in der Konjunktur eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bewirken?!

Zusammenfassend sei gesagt:

1. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit, die im Vorjahre den Höchststand von ungefähr drei Millionen erreichte, ist in erster Linie auf die günstige Konjunktur zurückzuführen.

2. Gegenwärtig, wo eine Erwerbslosenarmee von einer Million vorhanden ist, scheint der Rückgang, der während des ganzen Jahres anhielt, zum Stillstand gekommen zu sein. Dies besonders durch das gegenwärtige gänzliche Aufhören der Saisonarbeiten und mit der voraussichtlichen Verschlechterung der Lage der Schwereisenindustrie in Deutschland infolge der Ermäßigung der Preise für englisches Roheisen usw. Es bleibt noch abzuwarten, wie die Winterabschlüsse des Kohlenbergbaues ausfallen, was sich in den nächsten Wochen entscheiden wird. Bedenkt man, daß die Beschäftigungslage im Ruhrbergbau etwa auf den Stand des ungünstigen ersten Halbjahres 1926 zurückgegangen ist, so kann bei einem Ausbleiben der sonst im Winter eintretenden Belegung auch hier ein sehr starkes und katastrophales Ansteigen der Erwerbslosenziffer erwartet werden.

3. Im allgemeinen gehen wir auf Grund der Betrachtung der Faktoren, die auf den Konjunkturgang bestimmend wirken, von der Meinung aus, daß der Umschwung in der Konjunktur schon in einigen Monaten eintreten und ein Anschwellen des Arbeitslosenheeres herbeiführen wird.

(Schluß folgt.)

SLUTZKI:
 EIN HALBJÄHRIGER KAMPF DER
 AMERIKANISCHEN KOHLENARBEITER

Am 1. Oktober war es ein halbes Jahr, seitdem 175—200 000 amerikanische Kohlenarbeiter, die in den bituminösen Gebieten arbeiten, in den Streik getreten sind. Diesen Kampf verschweigt sowohl die Bourgeoisie als auch die reformistische Presse aller Länder sorgfältig. Es ist auch nicht zu verwundern: Schon bevor dieser Kampf begann, ergingen sich die kapitalistischen Presseschmucks in Prophezeiungen über die unvermeidliche Niederlage, und ihre reformistischen Helfershelfer geben sich alle Mühe, um überall den Kampf der Bergarbeiter zu sabotieren und jegliche Streiks der Kohlenarbeiter zu verhindern. Damit wollen sie die Unmöglichkeit des Kampfes beweisen. Die Tatsache des halbjährigen Kampfes der Kohlenarbeiter zerstört alle ihre Theorien.

In der Tat, von den 600 000 in den Destillationsgebieten beschäftigten Kohlenarbeitern streiken etwa 200 000, d. h. ungefähr ein Drittel. Infolge des Streiks fiel ein knappes Viertel der geförderten bituminösen Kohlen aus. Zwei Drittel der Kohlenarbeiter in den bituminösen und etwa 160 000 in den Anthrazitgebieten arbeiten und fördern Streikbrecherkohle. Und trotz alledem dauert der Streik schon 6 Monate. Folglich ist ein Streik, sogar ein andauernder Streik unter den heutigen Verhältnissen noch immer möglich. Das beweist, daß selbst unter diesen verzweifelten Verhältnissen, unter den die amerikanischen Kohlenarbeiter streiken, ein über sechs Monate dauernder Kampf möglich ist. Folglich sind alle Theorien der Reformisten keinen Pfifferling wert. Aus diesem Grunde sind sie gezwungen, diesen Kampf zu verschweigen.

Mit um so größerem Eifer müssen die Kommunisten diesen Kampf erörtern und den Arbeitermassen die lehrreiche Erfahrung dieses Kampfes näherbringen.

Wie entstand dieser Streik?

In der Nacht vom 31. März zum 1. April lief der sogenannte Jacksonville-Vertrag ab — es war ein Kollektivvertrag, der die organisierten Kohlenarbeiter, die mit der Produktion der Destillationskohle in den Bezirken Ohio, Pennsylvania, Indiana und Illinois beschäftigt waren, umfaßte. Bei dieser Gelegenheit kündeten die Bergwerksbesitzer eine Verkürzung des Arbeitslohnes der Kohlenarbeiter an, und zwar um 20 bis 30 Prozent, eine Verkürzung von $7\frac{1}{2}$ Dollar Arbeitslohn pro Tag auf 6 resp. 5 Dollar. Die Bergwerksbesitzer beharrten darauf, daß der Arbeitslohn der Kohlenarbeiter in den organisierten Gebieten dem Arbeitslohn der unorganisierten Bezirke gleichkomme, mit anderen Worten, daß der Arbeitslohn der organisierten Kohlenarbeiter nicht höher als der der unorganisierten sein soll.

Die Führer der Vereinigten Kohlenarbeiter Amerikas (so heißt der amerikanische Verband der Bergarbeiter) haben sich die größte Mühe gegeben,

eine Verständigung mit den Bergwerksbesitzern zu erzielen. Allein diese wollten von keinem Zugeständnis wissen und deshalb konnten selbst die reaktionären Führer der Vereinigten Kohlenarbeiter nicht darauf eingehen. Denn trotzdem die Bergarbeiter formell einen angeblich großen Lohn von $7\frac{1}{2}$ Dollar pro Tag haben, verdienen sie faktisch bedeutend weniger. Tatsächlich arbeiten sie nicht die volle Woche. Nach den Angaben, die uns gemacht wurden, haben die Kohlenarbeiter in den bituminösen Bezirken im Jahre 1925 195 Tage gearbeitet, im Jahre 1924 171 Tage, im Jahre 1923 179 Tage, 1922 142 Tage, 1921 149 Tage; folglich sind die Kohlenarbeiter im Durchschnitt höchstens etwa zwei Drittel des Jahres beschäftigt.

Der monatliche Durchschnittslohn des Bergarbeiters im Jahre 1926 betrug etwa 120 Dollar und bei den nichtorganisierten sank er bis auf 60 Dollar herab. Daraus sieht man, daß die Bergarbeiter auf eine weitere 20- bis 30-prozentige Lohnkürzung unter keinen Umständen eingehen durften. Dies hätte bei den Kohlenarbeitern gegen die Gewerkschaftsbürokratie eine ungeheure Unzufriedenheit erzeugt, die sich auch sonst schon gegen die wachsende Empörung der Kohlenarbeiter in acht nehmen muß. Nur durch Gaunerstreiche konnte es den Verbandsspitzen gelingen, die Leitung zu behalten. Das Wachsen der Unzufriedenheit drohte neuerdings mit dem Weggang von Mitgliedern, währenddem schon in den letzten drei Jahren die Zahl der zahlenden Mitglieder des Verbandes in den bituminösen Gebieten um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist. Von 350 399 Mitgliedern am 1. Dezember 1923 sank die Zahl auf 153 413 am 1. Dezember 1926. In einzelnen Bezirken nahm der Rückgang der Mitglieder einen direkt katastrophalen Charakter an, wie es aus der folgenden Tabelle hervorgeht:

Zahl der zahlenden Verbandsmitglieder			
Bezirk	1923	1926	Rückgang d. Mitgliederzahl
2	39 923	17 042	22 891
5	39 025	18 780	20 245
6	40 967	20 926	20 041
21	6 187	1 307	4 808
West-Virginia	24 655	1 311	23 344

Das Risiko eines neuen Mitgliederrückgangs wollten die Führer der Vereinigten Kohlenarbeiter nicht auf sich nehmen. Es ist gut, daß diese auf dem letzten Verbandstag eine große Gehaltsaufbesserung für sich ergatterten. So hat der Vorsitzende des Verbandes, Lewes, statt 8000 Dollar 12 000 Dollar im Jahr. Der Rückgang der Mitglieder würde die Aufbesserung des wirklich amerikanischen Gehaltes für die Bürokratie gefährdet haben. Aus dem Gefühl der Selbsterhaltung nahmen sie die Herausforderung der Bergwerksbesitzer an und traten in den Kampf.

Die Ziele der Unternehmer

Die Bergwerksbesitzer suchten den Verband in eine schwere Lage zu bringen. Man darf behaupten, daß sie den Streik wollten, ja sie provozierten ihn sogar. Warum? Weil sie den Verband endgültig zerschlagen wollen. Freilich, der Arbeitslohn der organisierten Kohlenarbeiter ist größer als der der unorganisierten. Das geht aus den hier angeführten Zahlen über den 14tägigen Arbeitslohn der Akkordarbeiter, der Hauer und Aufseher in den Weichkohlengebieten hervor.

Der vierzehntägige Arbeitslohn in Dollar

Bezirk	Hauer	Transportarbeiter
Illinois	71,47	83,07
Indiana	68,50	81,25
Ohio	64,67	58,48
Pennsylvania	62,39	55,94
West-Virginia	55,21	52,05
Alabama	44,12	35,47
Tennessee	30,37	27,68
Durchschnitt	60,31	57,48

Hieraus folgt, daß der monatliche Durchschnittslohn nicht über 120 Dollar beträgt, wobei nur die organisierten Bezirke Ohio, Pennsylvania, Illinois und Indiana ihn übersteigen. Am schlechtesten ist er in den unorganisierten Bezirken.

Hier ist beizufügen, daß im Selbstkostenpreis der amerikanischen Kohle der Arbeitslohn einen sehr hohen Prozentsatz bildet. Nach der etwas veralteten Berechnung aus dem Jahre 1922 macht der Arbeitslohn in den verschiedenen Weichkohlenbezirken 60 bis 76 Prozent des Selbstkostenpreises aus. Trotz der sehr billigen amerikanischen Kohle (in Amerika ist der Selbstkostenpreis der billigste der Welt) streben die Bergwerksbesitzer der infolge der Ueberproduktion entstandenen Konkurrenz wegen danach, die Preise noch mehr herunterzudrücken. Der Kampf auf dem Markte zwischen den Besitzern der organisierten und unorganisierten Bergwerke, zwingt die Besitzer der organisierten Gebiete, auf die Arbeiter zu drücken.

Aber nicht nur das, eine andere Frage ist ebenso wichtig. Die Bergwerksbesitzer wollen gegen die Ueberproduktion durch die Reorganisation der ganzen Kohlenindustrie ankämpfen. Ihr Plan der Reorganisation besteht in der Konzentrierung der gesamten Kohlenindustrie in die Hände eines besonderen Komitees. Eine Viertelmillion der Arbeiter soll abgebaut werden, in der Produktion sollen etwa 350 000 belassen bleiben. Dank dieser Aenderung wollen sie 275 Arbeitstage erreichen, statt 200 oder 150, wie es in den letzten 5 Jahren gewesen ist. Mit einer solchen Reorganisation sind auch die Verbandsleiter einverstanden. Sie wollen aber, daß der Verband in dem Reorganisationskomitee vertreten ist. Dagegen wird nach dem Plan der Bergwerksbesitzer der Verband vollständig auf die Seite geschoben; seine Rolle wird in bestem Falle die eines Beobachters sein. Die Besitzer beschloßen, zur Zerstörung des Verbandes überzugehen und aus diesem Grunde waren sie unversöhnlich und wollten keinerlei Zugeständnisse machen.

Es ist nicht zu leugnen, die Kohlenbesitzer haben die Vorbereitungen für diese Kampagne, die sie 6 Monate führen, sehr gut getroffen. Sie nutzten den dreijährigen Frieden aus, der durch den Jacksonville-Vertrag hergestellt wurde und verschoben allmählich den Schwerpunkt ihres Gewinns aus den organisierten in die unorganisierten Bezirke. Die Folgen dieser Taktik waren, daß die amerikanische Destillationskohle im Jahre 1926 von den Nichtorganisierten gefördert wurde, während noch vor drei Jahren die Unorganisierten nur 30 Prozent davon förderten. In den organisierten Gebieten wurde es zur Regel, weniger Arbeitstage in der Woche zu haben als in den unorganisierten. Vor Ablauf des Kollektivvertrages häuften die Bergwerksbesitzer einen in den Vereinigten Staaten noch nie dagewesenen Vorrat auf.

Die Vorräte auf den Halden beliefen sich am 1. April auf 75 Millionen Tonnen, während die allgemeinen Kohlevorräte im Lande etwa 100 Millionen Tonnen betragen.

Wie die Reformisten sich zum Kampfe vorbereiteten

Während sich die Bergwerksbesitzer drei Jahre zum Kampfe vorbereiteten, haben die reaktionären Führer der Kohlenarbeiter faktisch keine Vorbereitungen zum Kampfe getroffen. Sie führten den „genialen“ Plan des Abschlusses von Einzelverträgen für die Arbeiter der Destillations- und Anthrazitkohle durch. Damit trieb man einen Keil in die Bergarbeiterbewegung. Die Früchte dieser Taktik zeigen sich jetzt, indem die organisierten Arbeiter in den Anthrazitbezirken Streikbrecherkohle fördern, während ihre Verbandskameraden in den bituminösen Gebieten alle Anstrengungen machen, sich durchzusetzen. Die Lewes und Co. haben für die Organisierung der Unorganisierten, die jetzt schon in der Kohlenindustrie die Mehrheit bilden, nichts getan. Statt dessen führten sie einen Kampf gegen die Roten, schlossen sie aus und raubten ihnen die Arbeitsgelegenheit.

Schließlich haben die Bergarbeiterführer unmittelbar vor dem Streik, statt die Stimmung der Bergarbeiter zu heben, sie zum Streik vorzubereiten, alle ihre Bemühungen auf ein Kompromiß konzentriert.

Die Reaktionäre führen einen „praktischen“ Kampf

Nicht auf das Konto der reaktionären Führer ist zu buchen, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, den Streik abubrechen. Dies ist den Bergwerksbesitzern zu verdanken, die bestrebt sind, den Verband zu zerschlagen.

Den Kampf praktisch führen — bedeutet vom Standpunkte der amerikanischen Bürokraten bestrebt sein, ihn auf die streikenden Gebiete zu beschränken. Man soll nicht Unorganisierte einbeziehen. Man muß die erreichten Lohnsätze, wo es möglich ist, zu behalten suchen.

Deshalb führte die Gewerkschaftsbürokratie seit den ersten Streiktagen eine Taktik durch, die sie als eine neue Politik bezeichnete. Das Wesen dieser neuen Politik ist eigentlich ziemlich alt. Sie besteht im Bestreben, Bezirkstarife abzuschließen. Dort, wo die Unternehmer einverstanden sind, auf der Grundlage des Jacksonville-Vertrages Tarife abzuschließen, soll man den Vertrag eingehen. Statt einer zentralisierten Kampfleitung haben die „Politiker“ des Verbandes die Gebietsabkommen, Konferenzen und die Verhandlungen mit den Besitzern in den Vordergrund gestellt, wobei man bei diesen Verständigungen nicht die Beibehaltung der vorhandenen Lohnsätze anstreben soll, um darauf gestützt, den Kollektivvertrag abzuschließen, sondern ein Uebereinkommen treffen will, wonach die vorhandenen Lohnsätze nur bis Abschluß des Kampfes beibehalten werden. Falls nachher die Lohnsätze der organisierten Kohlenarbeiter reduziert werden, werden sie automatisch auch in jenen Gebieten, wo Verständigungen erzielt wurden, verkürzt. Es ist klar, daß das Angebot solcher Verständigungen die Position der Kohlenarbeiter noch mehr schwächt. Infolgedessen wurde im Laufe der ersten sieben Monate nach den offiziellen Zahlen um 2 Millionen Tonnen mehr produziert, als im Vorjahre. (287 Millionen Tonnen gegen 285 Millionen Tonnen.) Die Bezirksverträge wären Rückenschläge gegen die Strei-

kenden. Aber die Unternehmer gingen darauf nicht ein. Sie wollen gar keine Verständigung mit dem Verband. Sie wollen ihn erdrosseln, sie wollen ihn zerschlagen.

Noch verräterischer war die Taktik der Reaktionäre, die sie in bezug der Hilfeleistung für die Streikenden übten. Als aus England angefragt wurde, in welcher Form man den Streikenden helfen könne, lehnten die amerikanischen Gewerkschaftsbürokraten die Hilfe ab. Sie organisierten aber auch innerhalb des Landes keine Hilfsaktion für die Hungers sterbenden Kohlenarbeiter. „Das Angehen um eine Hilfe kann als Schwäche der Kohlenarbeiter gedeutet werden“, erklärten die Gewerkschaftsführer und wollen damit ihre verräterische Haltung den Streikenden gegenüber rechtfertigen. Erst in der letzten Zeit, unter dem beharrlichen Druck der Bergarbeiter, die aus eigener Initiative zur Bildung von Hilfskomitees geschritten sind, beschlossen endlich die Gewerkschaftsbürokraten, die Bergarbeiter der Anthrazitgebiete zu Hilfe zu rufen, aber auch nur in sehr beschränktem Umfange, so daß die ganze Taktik der Führer der Kohlenarbeiter darin besteht, daß man so schnell als möglich, ungeachtet der Mittel, den Kampf abbricht.

Die Bergwerksbesitzer und die Regierung

Die Besitzer verhielten sich während der ersten drei bis vier Monate ziemlich ruhig. Die bürgerliche Presse, wie schon erwähnt, hat den Kampf totgeschwiegen. Die Besitzer hofften, daß die Taktik der reaktionären Gewerkschaftsführer die Kohlenarbeiter mürbe machen wird und sie zur Kapitulation zwingt, dann aber wird man im Handumdrehen mit den Kohlenarbeitern und ihrem Verband fertig werden.

Allein die Hartnäckigkeit der Bergarbeiter, die sich nicht ergeben wollen, zwang die Bergwerksbesitzer, ihre mehr oder weniger passive Rolle aufzugeben. Der Herbstanfang und der kommende Winter steigerten die Kohlennachfrage. Die riesigen Kohlenvorräte schwanden. In den letzten Monaten tauchte die Möglichkeit eines Kohlenmangels auf, falls der Streik fortgesetzt wird. Man ließ alle Minen springen. Man strebt ein Verbot der Verbandstätigkeit in den unorganisierten Gebieten an. Man erschwert die Aufstellung von Streikposten, man bestimmt eine beschränkte Zahl der Streikposten. Man ging so weit, daß man sogar vorschreibt, die Streikposten dürften nur amerikanische Bürger sein und müßten unbedingt englisch sprechen.

Man verbietet die Aufstellung von Streikposten neben den Schächten. Die amerikanischen „Kosaken“ — die Polizei der Bergwerks- und Hüttenbesitzer, die Bergpolizei — arbeiten ungeniert. Die Streikenden verprügelt man und nimmt sie in Haft. Auch vor Bomben schreckt man nicht zurück, wenn man gegen die Streikenden vorgehen will. Man stellt Streikbrecher ein und versucht mit deren Hilfe, die Arbeit in den Werken zu verrichten. Es versteht sich, daß die Streikbrecher sich als Sieger fühlen. Sie sind bewaffnet, suchen mit den Streikenden Handel und dürfen ungestraft auf sie schießen. Zum anderen sucht man mit allen Mitteln die Streikenden aus ihren Wohnungen auszurauchern, weil sie eben nicht zur Arbeit gehen wollen! Man erreicht das gerichtlich. Da aber diese Prozedur für die

Kohlenbarone zu lange dauert, greifen sie zu ihren „eigenen Mitteln“: Man stellt in diesen Wohnungen das Wasser und Licht ab, und eine sehr eifrige Firma ging so weit, daß sie den Markt geschlossen hat und die Kohlenarbeiter zwingt, einen weiten Weg zurückzulegen, um Lebensmittel zu bekommen. Vorläufig haben alle diese Mittel den Willen der Kohlenarbeiter nicht gebrochen. Der Druck wird sich wahrscheinlich noch verstärken, denn je schneller der Winter hereinbricht, um so rascher wollen die Besitzer mit dem Streik fertig werden. Zweifelsohne wird ihnen die Regierung nach wie vor darin helfen.

Die Bergwerksbesitzer versuchten, den Verband zu zerschlagen. Zu diesem Zwecke warfen sie, wie der „Daily Worker“ meldete, eine Million Dollar aus. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn der Streik noch längere Zeit im Laufe des Winters andauert, die Bergwerksbesitzer einen Frieden schließen müssen, um eine Atempause zu gewinnen und auch Zeit, um sich zur endgültigen Erdrosselung des Verbandes vorzubereiten, da das Zerschlagen des Kohlenarbeiterverbandes, der einen Hauptteil der amerikanischen Arbeitsföderation bildet, jetzt das Ziel der amerikanischen Kapitalisten ist.

Die linken Elemente

Unter diesen Verhältnissen konnte man erwarten, daß die linken Elemente im Verband der Vereinigten Kohlenarbeiter keine Mühe scheuen werden, die verräterische Haltung Lewes u. Co. in das richtige Licht zu setzen, dem Streik einen großen Elan zu verleihen, die Unorganisierten in den Kampf hineinzuziehen und für die Streikenden eine Hilfsaktion zu organisieren. Dem war aber nicht so. Während in Europa an der Spitze der reformistischen Verbände der Bergarbeiter Sozialdemokraten oder Mitglieder von „Arbeiterparteien“ stehen, sind in Amerika an der Spitze der Vereinigten Bergarbeiter Republikaner und Demokraten: Der Vorsitzende des Verbandes, Lewes, ist Mitglied des ZK der republikanischen Partei, Capellini Vorsitzender der größten Schiffsorganisation der demokratischen Partei usw. Die „Linken“ sind im Bergarbeiterverband so ziemlich Rechte, selbst vom Standpunkte der europäischen Reformisten. Und deshalb weigerten sie sich in der ersten Zeit, an der verräterischen reaktionären Position der Gewerkschaftsbürokratie Kritik zu üben. Die Kommunistische Partei mußte zuerst auf sie drücken, um sie dazu zu zwingen. Ihre Taktik, die zur faktischen Kapitulation vor den Verrätern führte, hat selbst einzelne Kommunisten angesteckt, die auch der Meinung waren, man dürfe Lewes während des Kampfes nicht kritisieren, weil das den Kampf der Unternehmer gegen den Verband fördern könnte. Man muß den Kampf gegen ihn und die anderen hinauschieben, so sagten die „Linken“. Aber unter dem Druck der fortschrittlichen Elemente gelang es, sie aus der Passivität herauszubringen. Zuerst befaßten sie sich mit der Entlarvung der Gaunerkombinationen von Lewes, mit Hilfe deren er seinen Posten als Vorsitzender behalten konnte. Zu diesem Zwecke hatten sie die Absicht, das amerikanische Gericht anzurufen, um ihre verletzten Rechte zu schützen. Sie gaben sie aber nachher auf und beteiligten sich an der Organisation der Hilfsaktion, die von den fortschrittlichen Elementen ins Leben gerufen worden ist.

Die Fortschrittler

Die fortgeschrittenen Bergleute im Verband entsprechen ungefähr der Minderheitsbewegung der Bergarbeiter in England. Diese Bewegung als Organisation hörte vor dem Streik auf und ging hauptsächlich in der Bewegung des sogenannten linken Flügels in der Gruppe des „Verbandsschutzes“ auf.

Während des Streiks, als die Notwendigkeit, gegen die verräterische Taktik von Lewes zu kämpfen, sich aufdrängte, organisierten sich die Bergarbeiter neuerdings. Ende Juli hat das Komitee der fortgeschrittenen Kohlenarbeiter ein Streikbulletin herausgegeben. Ob es jetzt noch erscheint, ist uns nicht bekannt.

Nach dem Titel dieses Bulletins zu urteilen, besteht sein Programm im Kampfe gegen die Attacke der Bergwerksbesitzer, in der Unterstützung der streikenden Kohlenarbeiter durch die Kohlenarbeiter der Anthrazitgebiete, den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen. Zum Programm gehört auch noch die Kritik an Lewes und seiner Politik. Die fortgeschrittenen Bergarbeiter führen den Kampf im Interesse der Hilfskomitees. Sie halten sich für die Träger des Programms zur „Rettung des Verbandes“, weil Lewes' Politik zum Zusammenbruch desselben führt. Die Fortschrittler führen einen Kampf für die Heranziehung der Unorganisierten und für deren Organisation. Sie kämpfen gegen die verräterische Politik von Lewes, der Bezirkstarife anstrebt, und sind für einen allgemein-nationalen Vertrag und für einen nationalen Streik, als Mittel, ihn zu erreichen.

Die Bewegung für die Organisation einer Hilfsaktion fand in einzelnen Bezirken ein Echo. Einzelne lokale Verbände, die den englischen Logen entsprechen, veranstalteten Konferenzen. Die Hilfskomitees sammelten Zehntausende von Dollars. Und offenbar unter dem Druck der Fortschrittler war Lewes gezwungen, für die Kohlenarbeiterhilfe die Arbeiter aus den Anthrazitgebieten anzurufen.

Kommunistische Partei

Die Kommunistische Partei hat lange vor dem ausgebrochenen Konflikt die Kohlenarbeiter zur Abwehr gegen die Bergwerksbesitzer aufgerufen. Allein bei Beginn des Streiks vermochte die Kommunistische Partei nicht alles zu tun, was notwendig gewesen wäre. Freilich waren Ursachen dafür vorhanden, immerhin muß diese Tatsache erwähnt werden.

Entsprechend der Entwicklung des Kampfes wurde die Arbeit der Kommunistischen Partei intensiver. Sie tritt für die Organisation der Unorganisierten auf, für ihre Heranziehung in den Kampf, für die Verwandlung des Kampfes in einen allgemein nationalen. Sie entlarvte die verräterische Politik von Lewes. Sie bekämpfte die Passivität der linken Elemente, die sich weigerten, gegen Lewes aufzutreten, und endlich unterstützt sie die fortgeschrittenen Kohlenarbeiter und tritt für die Organisation der Hilfsaktion ein.

In einzelnen Gebieten wurden Konferenzen der Kohlenarbeiter der Kommunistischen Partei durchgeführt. In den letzten Monaten hat sich die Kommunistische Partei eine intensivere Arbeit unter den Bergarbeitern zur Aufgabe gestellt. Eine Kampagne für die Mobilisation der Bergarbeiter und

die Organisation der Hilfsaktion war vorgesehen. Besondere Aufmerksamkeit soll in der Presse der Beleuchtung des Bergarbeiterkampfes geschenkt werden.

Wenn das vorgesehene Programm verwirklicht wird, wird es zweifellos zur Durchführung des Kampfes bis zu einem siegreichen Ende beitragen.

Einige Schlußfolgerungen

Jetzt kann man noch nicht voraussagen, mit welchem Ergebnis der sechs Monate dauernde Kampf abschließen wird. Es ist möglich, daß er noch bis tief in den Winter hinein geführt wird. Aus diesem Grunde kann man die Gesamtschlußfolgerungen aus dem Kampfe noch nicht ziehen. Aber einzelne Schlüsse lassen sich jetzt schon feststellen:

1. Wir beobachten in den Vereinigten Staaten die Kampagne der Kapitalisten für die Zerstörung des Verbandes. Der erste Schlag ist gegen die Bergarbeiter gerichtet, präziser gesagt gegen die Kohlenarbeiter der bituminösen Gebiete. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei Ablauf des Vertrages in den Anthrazitgebieten ein ebensolcher Schlag gegen diese Kohlenarbeiter gerichtet wird. Auf der letzten Konferenz des Anthrazitgebietes liefen viele Klagen darüber ein, daß die Bergwerksbesitzer die Tschek-ofs (Einkassierung der Mitgliedsbeiträge über die Kontors) und den Verband zerschlagen.
2. Die reaktionären Gewerkschaftsbürokraten sind unfähig, gegen diese Tendenzen den Kampf zu führen. Ihre Taktik fördert die Positionen der Bergwerksbesitzer.
3. Ist festzustellen, daß die Taktik der industriellen Welt, die Lewes in Amerika durchführt, und die Thomas, Klayns und andere gemeinsam mit den Sektierern und Streikbrechern Spencer, Chodgest u. a. predigen und in England durchführen, nur den Interessen der Bergwerksbesitzer dienen. Die industrielle Welt unterstützte die Kohlenindustriellen, den Verband stückweise zu zerschlagen und sich zu seiner endgültigen Zerstörung vorzubereiten.
4. Der sechs Monate dauernde Streik der amerikanischen Kohlenarbeiter zeigt, wie töricht alle Räsioniererei der Reformisten ist, wenn sie von der Unmöglichkeit eines Streiks im allgemeinen überzeugen wollen, zu denen auch manche revolutionären, aber unklaren Bergarbeiterführer gehören, die meinen, daß Teilstreiks unmöglich seien. Wenn die Führer der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas eine richtige Taktik einschlagen würden, wenn man die Unterstützung der Streikenden organisiert, könnte der Kampf für die Kohlenarbeiter zweifellos siegreich abschließen.
5. In den Vereinigten Staaten müssen die wirklich Fortgeschrittenen, wirklich, und nicht in „ linken Elemente die Arbeit der Selbstorganisation intensiver gestalten. Man muß eine wirkliche Organisation von wirklich fortgeschrittenen Kohlenarbeitern schaffen. Sie müssen ihre eigene Organisation, ihre eigene feste Linie, ihre eigene Presse haben. Ohne das gehen die Fortgeschrittenen in den „Linken“ auf, wie es vor dem Streik gewesen ist, und die Linken sind erfahrungsgemäß nicht zuverlässig. Das bewies ihre Taktik während der ersten Streikmonate,

als sie Angst hatten, die verräterische Haltung von Lewes gebührend zu brandmarken. Der Mangel an einer Organisation und das Fehlen einer konsequenten Linie führte dazu, daß die Fortgeschrittenen den „Linken“ folgten. Insofern die fortgeschrittenen Elemente ihre eigene Organisation haben werden, werden die Blocks und Verständigungen sich im Interesse der ganzen Bergarbeiterbewegung auswirken.

6. Da Lewes u. Co. selbst während des Kampfes keine Lust haben, die Unorganisierten in eine Organisation zusammenzufassen, da ihre Politik zweifellos darin besteht, die Lage der Organisierten auf Kosten der Unorganisierten zu sanieren, müssen die wirklichen linken Elemente sich mit der Organisation der Bergarbeiter befassen. Das bezieht sich auch auf die Schaffung einer Hilfsaktion.
7. Die Entlarvung der ganzen verräterischen Lewes-Politik hat während des Streiks eine sehr wichtige Bedeutung. Insofern die fortgeschrittenen Bergarbeiter die Kohlenarbeiter auf den Verrat von Lewes aufmerksam machen werden, auf die Notwendigkeit richtiger Kampfmethoden, werden sie Sympathien gewinnen. Der Kampf um andere Führer an Stelle der republikanisch-demokratischen wird ihnen leichter werden. Und der Wechsel dieser Führer ist für die Kohlenarbeiter eine Frage von Leben und Tod, denn wenn diese Verräter an der Spitze des Verbandes bleiben, werden sie ihn letzten Endes zersetzen und die Bergarbeiter zu einer vernichtenden Niederlage führen.

DIE ÖSTERREICHISCHE FRAGE

Mit den für die österreichische Arbeiterklasse und die internationale proletarische Revolution höchst bedeutsamen Wiener Juliereignissen hat sich sowohl eine spezielle österreichische Kommission, als auch das Präsidium des EKKI sehr eingehend beschäftigt. Im Mittelpunkt der den ganzen Komplex der durch die Wiener Ereignisse aufgerollten Fragen umfassenden Diskussion standen zwei Hauptmomente: 1. die Einschätzung der Ereignisse, 2. die Frage der Arbeiterräte.

Bezüglich der ersten Frage waren einzelne Genossen der Meinung, die Wiener Bewegung sei kein Aufstand, sondern eine Massenbewegung, oder präzise ausgedrückt, ein Mittelding zwischen einem Aufstand und einer Massenbewegung gewesen. Diese Auffassung wurde als unrichtig erklärt, denn eine Massenbewegung, in der mit der Waffe gekämpft wird, ist zweifelsohne ein Aufstand.

Den größten Raum nahm die Diskussion über die Frage der Arbeiterräte ein. Der Vertreter der KPOe hat den Standpunkt vertreten, daß die Partei richtig handelte, indem sie die von der Komintern herausgegebene Parole der Arbeiterräte eliminierte. Er begründete dies damit, daß die Herausgabe dieser Parole im Augenblick der Ereignisse die Bedeutung gehabt hätte, die Frage der proletarischen Diktatur zu stellen, was jedoch die Partei nicht tun konnte, weil sie wegen ihrer organisatorischen Schwäche nicht imstande war, die Massen zu führen.

Fast übereinstimmend wurde darauf erwidert, daß es gerade die Schwäche der Partei, ihr Unvermögen, die aufständischen Massen zu führen, erfordert habe, ein organisatorisches Zentrum, d. h. Arbeiterräte zu bilden, für die alle Voraussetzungen gegeben waren: konzentriertes Proletariat im Zentrum des Landes, Großbetriebe, eine im hohen Grade organisationsfähige Arbeiterschaft, die sich in stürmischer Bewegung befand. Diese Erwidierungen wurden in folgenden Zeilen der Resolution der Kommission zusammengefaßt:

„Selbstverständlich hätte auch eine bedeutend stärkere KP allgemeine regelrechte Wahlen der Arbeiterräte nicht in ein paar Tagen durchführen können. Was man aber sogar in einem halben Tage hätte organisieren können, war die Bildung einer ersten offenen Kampfleitung aus Vertretern revolutionärer Massenorganisationen (in erster Reihe einiger unter kommunistischem Einfluß stehender Gewerkschaftsgruppen, einiger revolutionärer Betriebsräte usw.) und selbstverständlich auch aus den Vertretern der Kommunistischen Partei. Ein derartiges breiteres Zentrum konnte und sollte selbstverständlich nicht die führende Rolle der kommunistischen Parteileitung irgendwie ersetzen, im Gegenteil, durch dieses in der Öffentlichkeit als Zentralstelle der Aufstandsbewegung auftretende Organ (in dem die Mehrheit absolut sichere Revolutionäre sein müßten) sollte die KP versuchen, ihren führenden Einfluß auf möglichst breite Kreise der Arbeitermassen geltend zu machen. Dieses Organ, das unverzüglich zu bilden war, hätte sofort die Arbeiterschaft zur Schaffung von Arbeiterräten aufrufen und somit selbst als die Initiativgruppe und erste provisorische Zentralstelle der Arbeiterräte auftreten müssen. Dadurch hätte die elementare Aufstandsbewegung der Massen nicht nur sofort ein organisatorisches Zentrum, sondern auch eine allgemein organisierende revolutionäre Losung bekommen, die alle kampfbereiten Schichten des Proletariats erfassen konnte und die Aufgabe der Machteroberung klar vor das Bewußtsein der Massen stellte. Diese Losung wäre die geeignetste gewesen, um den Kampf der Massen zu erweitern und zu verschärfen und den stärkeren Keil zwischen die aktiven sozialdemokratischen Massen und ihre verräterische Führung zu treiben.“

Diese Aufgabe hat die Leitung der KP nicht verstanden und keine Schritte in diesem Sinne unternommen. Das war ein großer Fehler, durch den allerdings die Niederlage nicht herbeigeführt, wohl aber das verräterische Spiel der sozialdemokratischen Führer erleichtert wurde.

Nach Beendigung der Diskussion über die Losung der Arbeiterräte, wurde diese Losung mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung als richtig erklärt.

Die Ergebnisse der Diskussion wurden schließlich in einer Resolution zusammengefaßt, in der nach einer Analyse der Lage in Oesterreich, des Charakters des Aufstandes, der Haltung der Austromarxisten usw. festgestellt wird, daß sich die Kommunistische Partei Oesterreichs trotz ihrer Schwäche in den Julikämpfen gut gehalten, aber auch Fehler gemacht hat, vor allem in der Frage der Arbeiterräte. Nach den Kämpfen war, so heißt es in der Resolution weiter, die allgemeine Linie der Partei richtig, aber es war verfehlt, die alte Parole der „Kommunalisierung der Polizei“ herauszugeben, anstatt weiterhin für die Losung der „Bewaffnung des Proletariats“ zu agitieren.

Aus den infolge des Aufstandes sich eröffnenden Perspektiven: verschärfte Klassenkämpfe, die zu größeren Zusammenstößen zwischen der Staatsmacht und dem Proletariat führen können und die auch große Bedeutung für die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion haben werden, die neue Lage des Austromarxismus, die Herausbildung eines linken Flügels in der SP — werden die Aufgaben der KPOe abgeleitet: schonungslose Entlarvung der sozialdemokratischen Führer, Organisation eines breiten Massenkampfes

für die Tagesforderungen der Arbeiterschaft, Förderung und Unterstützung zur Herausbildung eines linken Flügels in der SP, Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit, Entwicklung der Partei zu einer Massenpartei, breiteste Propaganda in den Massen für die Schaffung einer revolutionären Selbstschutzorganisation des Proletariats. Massenarbeit im Dorf, Verbindung der Kämpfe mit dem Kampf für die Verteidigung der russischen und chinesischen Revolution und dem Kampf gegen den drohenden imperialistischen Interventionskrieg.

DIE SITUATION IN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS ZUR ZEIT DES 5. PARTEITAGES

In einer am 17. September abgehaltenen Sitzung des Ostsekretariats des EKKI berichtete Genosse Roy über die Situation in der Kommunistischen Partei Chinas.

Der Redner legte dar, daß die Symptome der von der Partei in dem kritischen Moment nach dem 5. Parteitag begangenen Fehler bereits auf dem Kongreß und vor seiner Tagung zu beobachten waren. Bei der Diskussion über die vom 7. Erweiterten Plenum beschlossene These durch das Zentralkomitee der chinesischen Partei, die infolge der damals bestehenden Umstände aus nur 3 aktiven Mitgliedern bestand, kamen drei verschiedene Auffassungen zum Ausdruck. Die eine meinte, daß die These der Chinesischen Kommunistischen Partei neue Perspektiven gegeben und neue Probleme aufgerollt habe. Ob die neue These sich als ganz richtig erweisen würde, stände nicht ganz fest, aber man könnte einen Versuch mit ihr machen. Die zweite Auffassung war, daß die These nichts neues bringe, und die dritte stimmte ihr in jeder Beziehung zu. Die These war nicht der gesamten Partei zur Diskussion unterbreitet worden, mit dem Resultat, daß bis zum Kongreßbeginn die Masse der Parteimitglieder von ihrer Existenz nichts wußte.

Als die Mitglieder des Zentralkomitees und die aktiven Mitglieder der Partei auf dem Kongreß zusammen kamen, zeigte es sich, daß die Mehrzahl unter ihnen das Wesen der These nicht verstanden hatte. Formell wurde sie von niemand abgelehnt. Die herrschende Auffassung war, daß es eine gute These sei, ihre Anwendbarkeit auf die Bedingungen in China müßte sich jedoch erst herausstellen. Der einzige Weg, den Sinn der These klar zu machen, war eine allgemeine Diskussion über die Grundfragen der Revolution auf dem Parteitag. Es hatte sich eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Zentralkomitee gezeigt, die sich zu einer Art Opposition kristallisierte, und es bestand die Hoffnung, daß dieser Umstand zu einer allgemeinen Diskussion über die Taktik der Partei führen würde. Es zeigte sich indessen, daß zwischen der Opposition und dem Zentralkomitee grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht bestanden. Die geübte Kritik betraf hauptsächlich die Fragen des Parteiregimes. Vor dem Kongreß wurde von den

leitenden Genossen und selbst der Opposition sogar der Versuch gemacht, eine Diskussion über die grundlegenden politischen Fragen zu verhindern. Ja sogar auf dem Kongreß selbst war der erneute Versuch zu verzeichnen, eine Diskussion über den politischen Bericht zu verhindern, der, wie mit der Komintern-Delegation vereinbart, die grundlegenden politischen Fragen behandeln sollte. Nur dank der Intervention der Komintern-Delegation kam eine Diskussion zustande. Die Diskussion selbst war eine gute, und eine große Anzahl Genossen nahmen an ihr teil. Es zeigte sich, daß die Partei als Ganzes mit der Politik des Zentralkomitees nicht einverstanden war. Es gab eine Unzufriedenheit mit der alten Führung, die sich jedoch noch nicht zu einer neuen Führung kristallisiert hatte.

Der Kongreß hinterließ einen günstigen Eindruck. Er offenbarte, daß die Partei an Zahl und Einfluß gewachsen war. Die Partei war der einzige Führer der Arbeiter- und Bauernbewegung, sie hatte jedoch noch nicht eine entsprechend fähige und erfahrene Führerschaft entwickelt. Um die alte Führung zu stärken, wurde das Zentralkomitee von neun Mitgliedern auf 40 erweitert, von denen 17 in der Gewerkschaftsbewegung aktiv tätige Arbeiter sind.

Was die Art und Weise anbelangt, mit der die Partei auf die damaligen kritischen Ereignisse reagierte, so ist zu sagen, daß im Gegensatz zur Kommunistischen Partei, die die Bedeutung der von dem Parteitag beschlossenen Resolutionen nicht sofort erfaßte, die Kuomintang sie sofort begriff und dementsprechend reagierte. Die Kuomintang begriff, daß die Kommunistische Partei sich anschickt, zum tatsächlichen Führer der Revolution zu werden. Das veranlaßte sie, zur Offensive überzugehen, deren erste Aeußerung die konterrevolutionären Aktionen in Hunan waren. Unsere Partei verstand es nicht, auf diese Offensive entsprechend zu reagieren; anstatt sie mit einer Gegenoffensive zu beantworten, nahm sie eine Verteidigungsstellung ein. Sie ging davon aus, daß die reaktionären Militaristen in der Kuomintang in der Offensive seien. Der linke Flügel sei nicht stark genug, um den Vorstoß abzuwehren, er müsse sich zurückziehen und die Kommunisten müßten ihm bei diesem Rückzug behilflich sein. Als die Resolutionen des 8. Plenums des EKKI zu den Fragen der bäuerlichen Revolution, der Bekämpfung der Konterrevolution in Wuhan, der Beziehungen zur Kuomintang, der Bildung einer revolutionären Armee und der Bewaffnung der Arbeiter und Bauern in China (es war bereits nach dem Juli) anlangten, hatten sie keinerlei Einfluß auf das Zentralkomitee und wurden schließlich verworfen. Die neuen Elemente im Zentralkomitee konnten keinerlei entscheidenden Einfluß ausüben, da die Mehrzahl von ihnen in die Provinzen gegangen waren, um dort ihre Arbeit zu leisten. Das Polbüro bestand aus den sieben Mitgliedern des ehemaligen Zentralkomitees, so daß die Führerschaft tatsächlich dieselbe geblieben war.

Zur Frage der Stellung der Partei im Moment des Kuomintang-Angriffes gegen sie wurde eine Vollversammlung des Zentralkomitees einberufen, auf der die sogenannte Rückzugsplattform zur Annahme gelangte, der zufolge die Weiterreibung der Revolution den Bruch mit der Kuomintang zur Folge haben würde. Im Hinblick auf die Stärke der Konterrevolution und die Schwäche unserer eigenen Kräfte müßten wir uns zurückziehen und unsere Kräfte für die Zukunft aufsparen. Dies bedeutete die Annullierung der Re-

solutionen des 5. Parteitages. Außerdem war es seit dem 5. Parteitag immer klarer geworden, daß die Kuomintang sich für den Bruch mit der Partei entschieden hatte, dies wurde von der Partei jedoch nicht verstanden. Ihr ganzes Bestreben war darauf konzentriert, den Bruch mit der Kuomintang zu vermeiden.

Ein mitbestimmender Faktor für die politischen Fehler der Partei war ihre falsche Beurteilung der Tschang Kai-schek-Spaltung. Tschang Kai-schek hatte bei der Spaltung nicht die gesamte Bourgeoisie mit sich genommen. Gewisse Teile waren noch in der Wuhan-Kuomintang verblieben. Die Partei betrachtete indessen die Wuhan-Kuomintang als eine einheitliche linke Organisation. Die Partei verstand es nicht, das Kleinbürgertum in der Wuhan-Kuomintang gegen die reaktionären Elemente zu mobilisieren, mit dem Resultat, daß die Reaktionäre die Möglichkeit hatten, sie auf ihre Seite zu ziehen. Die Wuhan-Regierung konnte ihre weitere unabhängige Existenz nur unter der Bedingung sichern, daß sie die Revolution fortentwickelte. Aber die Revolution konnte nur fortentwickelt werden durch die Entwicklung der bäuerlichen Revolution. Die Wuhan-Regierung unterlag jedoch dem Einfluß der Grundbesitzerinteressen und war darum ein Feind der bäuerlichen Revolution. Infolgedessen war der einzige ihr offenstehende Weg der Weg Tschang Kai-scheks. Damit erhebt sich sofort die Frage der Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei und der Kuomintang.

Die Revolution wird ihren Fortgang nehmen entsprechend den in den Thesen und Richtlinien der Komintern aufgezeichneten Perspektiven, d. h. als eine bewußte revolutionäre Kraft unter der Hegemonie des Proletariats, die die unterdrückten kleinbäuerlichen Massen und die Bauernschaft mit sich reißt in den Kampf gegen den Imperialismus und die einheimische Reaktion und zur demokratischen Diktatur.

D. Petrowski

Das Anglo-Russische Komitee und die Opposition in der KPSU

INHALT:

Einleitung / Die Bildung des Anglo-Russischen Komitees / Die Tätigkeit des Anglo-Russischen Komitees / Die letzte Etappe / Das Anglo-Russische Komitee und Amsterdam / Das Anglo-Russische Komitee und die Opposition

Der kurze Abriß der Tätigkeit des Anglo-Russischen Komitees von seiner Bildung bis heute ist nicht nur auf Grund der Beobachtung aller einzelnen Vorgänge, sondern auch auf Grund von offiziellen Dokumenten verfaßt worden, die die grundlegenden Gedanken, die hier entwickelt werden, bestätigen. Diese geschichtliche Skizze dient vor allem der richtigen Beurteilung der Angriffe, die die Opposition in der KPSU während des letzten Jahres gegen das Anglo-Russische Komitee richtete. Die Broschüre unternimmt den Versuch, die Argumente der Opposition im allgemeinen und gegen die Sowjetvertreter im Komitee im besonderen mit großer Ruhe und Nüchternheit zu analysieren

55 Seiten

Preis 30 Pfennig

A. Bennet

Die Kriegsgefahr, die chinesische Revolution und die Kommunistische Internationale

AUS DEM INHALT:

Der Krieg und die Kriegsgefahr / Der Kampf gegen die Komintern und . . . das Anglo-Russische Komitee / Die Probleme der chinesischen Revolution / Der Zollkrieg und . . . die Räte / Die Lage in England

Die Geschichte hat die Komintern vor zwei Aufgaben gestellt: einerseits die Organisation des Kampfes gegen den Krieg und die Kriegsgefahr und andererseits die Organisation der Verteidigung der chinesischen Revolution. Das Mai-Plenum der Exekutive der Komintern beschäftigte sich neben diesen Fragen mit den Aufgaben der KP Englands, die im Brennpunkt des Kampfes gegen die Kriegsgefahr steht, und mit den erneuten fraktionellen Vorstößen der Opposition in der KPSU. Die Arbeitsergebnisse des Plenums sind in vier Dokumenten formuliert. Der englische Genosse A. Bennet analysiert in seiner äußerst aktuellen Broschüre diese Dokumente im Lichte sowohl der Diskussion auf dem Plenum als auch im Lichte der vorbereitenden Arbeit vor der Tagung des Plenums

46 Seiten

Preis 25 Pfennig

Zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution

N. KRYLENKO

Die Kriminalpolitik der Sowjetmacht

32 Seiten

Preis 40 Pf.

E. SCHIRWINDT

Gefängnisse in der Sowjetunion

36 Seiten

5 Bilder

Preis 30 Pf.

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN - BERLIN SW 48

P. STUTSCHKA

**Das Problem des Klassenrechts
und der Klassenjustiz**

52 Seiten

Preis 50 Pf

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
HAMBURG - BERLIN NW 7

W i c h t i g e N e u e r s c h e i n u n g

J. STALIN
**DER OPPOSITIONSBLOCK UND
DIE FRAGEN DER REVOLUTION
IN DER USSR**

Aus dem Inhalt:

Der Oppositionsblock und die internationale Lage — Die inneren
Parteifragen der KPSU — Ueber den Oppositionsblock in der
KPSU

*Das umfangreiche Werk Stalins enthält seine auf der 15. Reichskonferenz der
KPSU und auf der 7. Erweiterten Exekutive gehaltenen Referate und Schluß-
worte. Im Anhang ist der genaue Wortlaut der auf beiden Tagungen ange-
nommenen Resolutionen wiedergegeben.*

Ein wichtiges Dokument zur jüngsten Geschichte der
Kommunistischen Partei der Sowjetunion

264 Seiten

Preis 2 M.

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

Hamburg — Berlin NW 7